

## **Vor 80 Jahren: Der antifaschistische Pfarrer Erwin Eckert tritt in die KPD ein und wird von der Kirche entlassen**

**Von Friedrich-Martin Balzer**

Am 11. Dezember 2011 jährt sich zum 80. Mal die Entfernung des Mannheimer Pfarrers Erwin Eckert (1893–1972) aus dem badischen Kirchendienst. Dabei wurde mit ihm, nach den Worten seines Verteidigers Eduard Dietz, so umgegangen, »wie man sonst einen Verbrecher in der Kirche zu behandeln pflegt, der sich eines Sittlichkeitsverbrechens (...) oder sonst irgendeiner Schandtat schuldig gemacht hat«.

Hintergrund der Entlassung Eckerts war weder eine Dienstvernachlässigung noch die Beanstandung seiner Lehre. Grund war sein Übertritt zur KPD. Dieser erfolgte nach einem Gespräch u.a. mit Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck am 3. Oktober 1931. Die Sensation dieses Vorgangs betraf nicht nur den Eintritt eines Pfarrers in die Kommunistische Partei, sondern auch dessen Aufnahme. In einem Schreiben von Ernst Schneller, Reichstagsabgeordneter und Sekretär des ZK der KPD, an die Bruderschaft Sozialistischer Theologen hieß es am 15. Oktober 1931: »Beim Übertritt des Genossen Eckert zur Kommunistischen Partei sind ihm wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche und wegen seiner Tätigkeit als Pfarrer keinerlei Bedingungen gestellt worden. Die Aufnahme des Genossen Eckert ist für uns keine Frage der Opportunität; sie erfolgte in voller Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen. Genosse Eckert ist zu uns als revolutionärer Marxist gekommen.«

Von der marxistischen Grundhaltung Eckerts hatte sich auch der Mannheimer Jungkommunist und spätere DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann überzeugt, als er Eckert aufsuchte und dieser ihm auf die Frage, wie man denn Kommunist und Christ zugleich sein könne, mit dem Lenin-Zitat antwortete: »Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmek«.

### **Ausschluß aus der SPD**

Am 3. Oktober 1931 hatte Eckert seinen Ausschluß aus der SPD erfahren. Deren Zentralorgan, der Vorwärts, hatte in einer groß angelegten Erklärung gegen die »Eigenbrödler« und »Spalter« in der eigenen Partei Stellung bezogen. In der Mannheimer Volksstimme erklärte Georg Reinbold, Landesvorsitzender der SPD in Baden, Eckert habe sich des »Vertrauensbruches« und der »Zellenbildung« in der Partei schuldig gemacht. Der einst von den Sozialdemokraten gefeierte Redner für den Sozialismus und gegen den Faschismus gehörte spätestens seit 1926 dem linken Flügel der SPD um Paul Levi (»Klassenkampfgruppe«) an.

Mit Rudolf Breitscheid hatte Eckert 1926 in der Stuttgarter Liederhalle vor 10000

Menschen gegen die Haltung des deutschen Mehrheitsprotestantismus protestiert, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten als rechtswidrig diffamierte (»Die beantragte entschädigungslose Enteignung bedeutet die Entrechtung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grundsätzen des Evangeliums«).

In der ersten Hälfte des Jahres 1931 hatte Eckert noch Zigtausende, vor allem SPD-Anhänger, im Kampf gegen den Faschismus in ganz Deutschland mobilisiert. Seine »Resonanz nicht nur in der Arbeiterbevölkerung kann kaum überschätzt werden. Er war eine Persönlichkeit mit charismatischen Zügen. Seinen Predigten in der Mannheimer Trinitatiskirche folgten zuweilen 2000 und mehr Zuhörer«. Am 16. Januar 1931 sprach Eckert im Mannheimer Musensaal über das Thema »Christuskreuz, nicht Hakenkreuz« vor Tausenden aus Solidarität mit ihm herbeigeströmten Zuhörern. In der Ankündigung zu einer von 3500 Menschen besuchten Veranstaltung in Pforzheim am 23. Januar 1931, auf der Eckert über den »Faschismus, eine Gefahr für die Arbeiterschaft« sprach, hieß es: Eckert sei »der von der Reaktion und den Nazis zur Zeit bestgehaßte Mann in Baden«.

Dem Parteiausschluß Eckerts nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft gingen Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes der Religiösen Sozialisten (BRSD) voraus. Diese verbandsinternen Konflikte um die situativ angemessene politische Linie waren zugleich ein Ringen um die Selbständigkeit der Organisation gegenüber der SPD. Zwar waren die meisten Angehörigen des Bundes Mitglieder der SPD, darunter auch solche, die seit den Septemberwahlen 1930 die sich immer stärker profilierende Linie des Bundesvorsitzenden, von der SPD »Opposition, nicht Koalition« zu fordern, unterstützten, doch standen in seinen Reihen »rechtsstehende, zur Koalitionspolitik geneigte Genossen, aber auch neben ausgesprochenen Parteikommunisten eine ganze Reihe Mitglieder, die der kommunistischen Einstellung sehr nahe stehen«. Ohne das Zusammenspiel von religiösen Sozialisten und dem badischen SPD-Partei Vorstand hätte dieser wohl gezögert, Eckert aus der Partei auszuschließen. Erst die interne Mitteilung von Eckerts Isolierung im BRSD ermutigte den Parteivorstand zu diesem Schritt.

Der deutschnationale Kirchenpräsident von Württemberg, Theophil Wurm, kommentierte den Rauswurf Eckerts aus der SPD mit den Worten: »Da wird nicht lange gefackelt: Wer nicht pariert, der fliegt. Da kann wegen Zellenbildung über Nacht ein viel gefeierter Parteiheld ein Verräter werden, den man mit all dem Schmutz bewirft, den man für den Gegner jederzeit bereithält.« Wurm gab darüber hinaus zu bedenken, ob die Kirche mit den religiösen Sozialisten, deren Bundesvorsitzender Eckert war, nicht ebenso verfahren sollte wie die SPD, da die religiösen Sozialisten »Zellen« in der etablierten Kirche gebildet hätten. Wolfgang Abendroth beobachtete als Gerichtsreporter für die Frankfurter Zeitung alle drei kirchlichen Verfahren gegen Eckert im Jahre 1931 in Karlsruhe und schrieb: »Es entspricht übelsten Gepflogenheiten, im Augenblick einer solchen Trennung nicht nur die politische Haltung, sondern auch die persönlichen Eigenschaften des

Ausgeschiedenen oder Ausgestoßenen in Frage zu stellen. In dem Beschluß des Landesvorstandes gegen den Pfarrer geschieht das, indem Eckert nicht nur disziplinwidriges Verhalten, sondern auch »gröbliche Täuschung der Partei« vorgeworfen wird. Wann wird man endlich in Deutschland dazu gelangen, bei solchen gewiß fatalen Separierungen die menschliche Würde zu wahren?«

Nach seiner Entfernung aus der Sozialdemokratischen Partei und dem Kirchendienst bemühten sich die SPD und der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß unter Hermann Kapler darum, Eckerts Auftreten als Redner auf Massenveranstaltungen zu verhindern. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß ließ das öffentliche Auftreten Eckerts überwachen und beauftragte Stenographen mit der Mitschrift von dessen Reden, die vertraulich an die obersten Kirchenbehörden der im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen verschickt wurden. Dieser »Hetze eines früheren Geistlichen einer deutschen evangelischen Landeskirche« sei mit dem Strafgesetzbuch nur schwer beizukommen, da bisher nicht bekannt geworden sei, »daß die fälschliche Beilegung des Titels von Eckert selber nachweislich ausgeht«. Kapler fordert daher am 23. Februar 1932 den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe auf, »geeignete Sicherungsmaßnahmen aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1932« zu veranlassen.

Die SPD verhielt sich nicht anders. In einem Schreiben des Badischen Landespolizeiamtes an den Reichsminister des Innern, Wilhelm Groener, vom 16. März 1932 hieß es: »Das Reichsinnenministerium hat das Vorgehen des SPD-Ministers Maier als vorbildlich empfunden, und um den Genossen Eckert im ganzen Reich das Wort zu verbieten, hat er diesen Erlaß des SPD-Ministers Maier und den Bericht des Polizeiamtes an alle Länderregierungen weitergegeben. Sofort hat die bayerische Regierung ihre Ämter verständigt, worauf dem Genossen Eckert in einer Versammlung in Schweinfurt am 2. März verboten wurde zu sprechen. Es ist nach den ganzen Umständen unwahrscheinlich, daß der Vorgang von hier aus der kommunistischen Presse bekannt geworden ist.«

### **Kirchliches Justizunrecht**

Die Transformation der Weimarer Republik in den Faschismus, bei der der deutsche Mehrheitsprotestantismus eine beachtliche Rolle spielte, ist nur vor dem Hintergrund der politischen Justiz der Weimarer Republik zu verstehen, von dem die Kirchenjustiz nur ein Teil und sicher nicht ihr besserer ist. Emil Gumbel, Professor für mathematische Statistik, dem 1932 nach massiven Protesten der faschistischen Studenten an der Heidelberger Universität die Lehrbefugnis entzogen und der 1933 in die Emigration vertrieben wurde, hatte bereits in der Weimarer Republik die Rechtslastigkeit der politischen Justiz seiner Zeit nachgewiesen.

Karl Dietrich Bracher und Heinrich Hannover machten in den 1960er Jahren auf

die demokratiefeindliche und verfassungswidrige Rolle der politischen Justiz in der Weimarer Republik aufmerksam. Eine Entlassung von monarchistischen oder republikfeindlichen Richtern war nach 1918 nicht vorgenommen worden. Auch während der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik (1924–1928) blieb die übergroße Anzahl der Richter auf Distanz zur neuen Staatsform. Im Deutschen Richterbund waren 1930 8000 Richter organisiert, während der Republikanische Richterbund nur 300 Mitglieder aufzuweisen hatte.<sup>1</sup>

Nach Karl Dietrich Bracher entstammen »Mentalität und Selbstverständnis der Justiz«, deren »antidemokratische Grundhaltung und Anti-Linkseinstellung« überwiegend der vordemokratischen Zeit vor 1918. Die Rechtsprechung habe sich, so Bracher, »hinter der Fiktion vom unpolitischen, überparteilichen Charakter der Justiz als einer eigenen, unabhängigen Gewalt« vollzogen. Die Justiz müsse »als eine durchaus politische Gewalt betrachtet werden«. In der Rechtsanschauung vieler Juristen, einschließlich der Kirchenjuristen und Kirchenoberen, sei schon »die Entstehung der Demokratie aus der Revolution mit dem Geruch des Illegitimen behaftet« gewesen. Vor dem Hintergrund einer vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat herrührenden Anfälligkeit von Bürokratie und Justiz für hierarchisch-autoritäre Ordnungsideologien muß das Urteil des Kirchlichen Verwaltungsgerichts vom 18. März 1931 durchaus mit einbezogen werden. Bracher bezieht seine Kritik ausdrücklich auch auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Gerade dort, so Bracher, sei »in den letzten Jahren der Republik das Versagen der Justiz gegenüber dem Vordringen des Nationalsozialismus wie auch der autoritären und nationalistischen Bundesgenossen Hitlers, die freilich das übertriebene Selbstvertrauen besaßen, gegebenenfalls mit Hitler selbst fertigzuwerden, augenfällig geworden«. Durch das Urteil des Kirchlichen Dienstgerichtes wurde Eckert die Kanzel genommen. Zwei Jahre darauf wurde bis zum bitteren Ende des »Dritten Reiches« von den Kanzeln für Adolf Hitler gebetet.

### **Antifaschistischer Widerstand**

Eckert selbst ließ sich von all den Verfolgungen durch SPD und Kirche nicht beirren. Auf fünf Großveranstaltungen, die unmittelbar nach seinem Parteiübertritt innerhalb einer Woche vor zirka 30000 Menschen in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Berlin und Frankfurt/Main abgehalten wurden, begründete er seinen Schritt, als Christ und Pfarrer der KPD beizutreten. Die von der Kommunistischen Partei herausgegebene Broschüre »Die Kirche und der Kommunismus. Stadtpfarrer Eckert kommt zur KPD« erlebte eine Verbreitung von 100000 Exemplaren. Auf der Berliner Kundgebung ergriff auch der junge Arthur Hollitscher (1911–1986) das Wort und stellte sich hinter den kommunistischen Christen. Der Fall Eckert zeige, daß man auch auf anderem als auf dem ökonomischen Gebiet zum Kommunismus kommen könne. Auf zahlreichen Veranstaltungen des Bundes der Freunde der Sowjetunion berichtete Eckert über seine Erlebnisse, die er auf seiner mehrwöchigen Delegationsreise in die Sowjetunion gemacht hatte. Nach dem Bericht der Arbeiterstimme vom 14. Juli 1932 über den Auftakt der Thälmann-Kundgebung mit Erwin Eckert verstand dieser es, »in packender Weise den

Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der sozialistischen Welt in der Sowjetunion aufzuzeigen«. Bis zu seiner Verhaftung in der Nacht des Reichstagsbrandes vom 28. Februar zum 1. März 1933 sprach Eckert auf Hunderten von Versammlungen gegen den Faschismus u.a. mit der Losung »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg«.

Zusammen mit weiteren 8000 Antifaschisten verhaftet und ins Gefängnis geworfen, teilte Eckert die Zelle mit Wolfgang Langhoff, dem späteren Intendanten des Deutschen Theaters in Berlin/DDR. Im Oktober 1936 wurde er vom Oberlandesgericht Kassel wegen seiner Widerstandstätigkeit gegen den Faschismus zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Freilassung stand er bis zum Ende des »Dritten Reiches« unter Polizeiaufsicht und kümmerte sich als Angestellter einer Metallfirma um die dort beschäftigten Zwangsarbeiter.

### **Die Situation nach 1945**

Nach der Befreiung stellte die KPD am 31. Mai 1946 an die amerikanische Militärregierung – mit der Bitte um Weiterleitung an den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe – den Antrag, Pfarrer Eckert wieder in sein Amt einzusetzen. Der aber blieb ohne Echo. Pfarrer, die NSDAP-Mitglieder oder »Deutsche Christen« gewesen waren, wurden im Amt belassen und erhielten ihre Pensionen. Bei Eckerts Tod 1972 war Hans-Werner Bartsch aus dem Umfeld der linksprotestantischen Stimme der Gemeinde der einzige Theologe, der Eckert unter dem Titel »Ärgernis und Zeichen« einen Nachruf widmete.

Als die Erklärung der badischen Kirchenleitung zur Rehabilitation Erwin Eckerts der Kirchensynode 1999 vorgetragen wurde, widersprach einzig der Synodale Hartmut Maurer diesem Rehabilitierungsversuch. Der Konstanzer Verwaltungsrechtswissenschaftler Professor Maurer meinte, daß es nicht angehe, einen Kommunisten zu rehabilitieren: »Die Kirche kann nicht einfach jemanden salvieren, der nicht auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung steht.« Offenbar kennt der Verwaltungsrechtswissenschaftler Maurer die späte Selbstkritik des früheren Karlsruher Generalbundesanwalts Max Güde (CDU) nicht oder schließt sich ihr nicht an. Nach Güde steckt in der deutschen »Linksfürchtigkeit« das »Contra gegen rund drei Jahrhunderte europäischer Geschichte: gegen Aufklärung, gegen den »Fortschritt«, gegen Liberalismus und im Grunde auch gegen Demokratie, zumindest in ihrer westlichen Form«. Güde schloß sich damit der Erkenntnis von Helmut Ridder an, dem schon seit den 50er Jahren konsequenten Kritiker des bundesdeutschen politischen Strafrechts und des KPD-Verbots, wonach man in Deutschland nie bereit gewesen sei, »den geschichtlichen Preis« für die Emanzipation der kontinentaleuropäischen Revolution »zu zahlen«, »d.h. die seit 1789 notwendig mit dem Begriff von Demokratie verbundene Freiheit der Manifestation von Regimekritik und »Fundamentalopposition« (...) oder das Gebrauchmachen von einer solchen Freiheit sanktionslos hinzunehmen«.

Auf den Schüler und Freund Carl Schmitts, den »Staatsrechtler« Ernst Forsthoff wird sich Hartmut Maurer nicht berufen wollen. Forsthoff (1902–1974), Verfasser der Schrift »Der totale Staat« (1933) und hoher Funktionsträger bei der »Glaubensgemeinschaft deutscher Christen«, war nach eigener Aussage dem »Zauber Hitlers« erlegen.<sup>2</sup>

### **Gründliche Aufarbeitung**

Mögen die in jahrzehntelanger Forschungsarbeit zusammengetragenen Quellen und Dokumente<sup>3</sup> u.a. mit Erstveröffentlichungen von Wolfgang Abendroth den Weg öffnen für eine gründliche Aufarbeitung des »Falles Eckert« und am Ende zur juristischen Aufhebung des Urteils gegen ihn führen. Die selbstkritischen Geleitworte des badischen Landesbischofs Ulrich Fischer und des Mannheimer SPD-Oberbürgermeisters Peter Kurz lassen hoffen.

80 Jahre nach der Dienstentlassung des Pfarrers Erwin Eckert ist es höchste Zeit, mit der »kollektiven Verdrängung« (Richard Schmid) des (Kirchen-)Justizunrechts der Weimarer Republik aufzuräumen. Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer rechnete »zu den beliebtesten Lebenslügen« in der BRD die Annahme, der faschistische »Unrechtsstaat habe anno 1933 begonnen«. Bauer hält dagegen, daß der Faschismus »nicht über Nacht gekommen ist, übrigens auch nicht über Nacht wieder verschwand«.<sup>4</sup> 80 Jahre nach dem Ausstoß des antifaschistischen Geistlichen Erwin Eckert aus dem Kirchendienst muß gleichwohl daran erinnert werden, daß es keine hinreichenden Gründe gibt, die Fatalität des Vergangenen zu akzeptieren.

### **Anmerkungen**

1 Siehe Johannes Fülberth: »...wird mit Brachialgewalt durchgefochten«. Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht. Berlin 1929 bis 1932/33, Köln 2011

2 Forsthoff wurde 1937 nach der Aufhebung der Aufnahmesperre Mitglied der NSDAP, 1941 Konflikt mit Gauleiter Baldur von Schirach, 1941–1943 Lehrverbot an der Universität in Wien. 1946 auf Anordnung der Militärregierung entlassen und einstweilige Einstufung als »Belasteter«; 1950 Einstellung des Entnazifizierungsverfahrens; 1952–1957 ordentlicher Professor an der Universität Heidelberg; 1973 erschien sein »Lehrbuch des Verwaltungsrechts« in 10. Auflage

3 Siehe Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten, Hardcover mit 21 Abbildungen, 528 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 2011

4 Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918–1933. Mit Beiträgen von Fritz Bauer und Richard Schmid, Hamburg 1977

In: junge Welt Nr. 287 vom 10./11. Dezember 2011, S. 10-11.

## **Protestantismus und Antifaschismus vor 1933**

### **Von Robert Steigerwald**

Von Friedrich-Martin Balzer, den manche schon aus anderen Veröffentlichungen zum Thema kennen, liegt nun das Buch „Protestantismus und Antifaschismus vor

1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten“ vor. Erwin Eckert ging, in der einen Hand das Christuskreuz, in der anderen die rote Fahne, an der Spitze der religiösen Sozialisten mit aller Entschiedenheit an gegen die Nazis, gegen die mit ihnen kungelnden Kirchenoberen, gegen die Bemühungen der SPD-Führer, das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhindern, welches Zusammenwirken doch nach Eckerts Überzeugung die einzige Möglichkeit war, die Nazis zu schlagen. Angesichts solcher Wirrnisse traten ihm die Fehler, die auch die Kommunisten machten, nicht so recht ins Bewusstsein.

Doch wie wurde aus Erwin Eckert jener Erwin Eckert, um den es in diesem Buch geht? Geboren ist er 1893 in einer Familie mit revolutionären (1848!) und Lehrer-Traditionen im badischen Land. Mit 19 Jahren trat er 1913 in die SPD ein, was von jenen, die bald seine Genossen sein würden, gar nicht so recht akzeptiert war. „Nur mit Mühe konnte ich“ (in seiner ersten Diskussionsrede) „zu Ende reden und mehr oder minder verschämt verschwinden. Kurz darauf trat ich in die SPD ein.“ Und er machte seinen neuen Genossen klar: „Ein Christ könne genau so gut ein überzeugter Sozialist sein, wie ein Atheist und Freidenker.“ (S. 23).

Die Familie Eckert zog 1899 nach Mannheim (in einen Arbeitervorort), wo sein Vater als Lehrer, später auch als Leiter eines Waisenhauses wirkte, so dass der junge Erwin schon recht früh mit dem Milieu der armen Leute in Berührung kam. Er besuchte das humanistische Gymnasium und studierte nach dem Abitur Theologie. Seine akademischen Lehrer waren die bedeutenden Philosophen Windelband, Husserl sowie der Theologe Ernst Troeltsch.

Er ging, in dem damals weit verbreiteten Irrglauben freiwillig in den Krieg, es gehe um die republikanische und sozialistische Zukunft Deutschlands, das darum vor der Niederlage zu bewahren sei. Den Krieg durchlebte er bis zum Ende, wurde mehre Male, auch schwer, verwundet, doch schon Mitte 1916 war er von seinen Urteilen über die Bedeutung dieses Krieges geheilt. Als Leutnant kehrte er “völlig vernichtet und zerschlagen“ nach Haus.

Erste Einsichten in die sozialen, klassenmäßigen Verhältnisse stellten sich ein: Sie wollen’s wieder, wie es war, herrschen und drücken, die Reichen und Besitzenden.

Die Bewegung der religiösen Sozialisten begann sich um 1919 zu entwickeln und durchlief sofort einige Entwicklungsstufen. Eckert hatte 1920 in Pforzheim mit anderen den „Bund evangelischer Proletarier“ gegründet, der noch im gleichen Jahr seine Bewährungsprobe im Kampf gegen den Kapp-Putsch bestehen konnte. Im November 1920 formulierte er die Ziele des von ihm ins Leben gerufenen Bundes evangelischer Christen (S.26f.). 1922 schlossen sich Eckerts inzwischen umbenannter „Bund evangelischer Sozialisten“ und der „Volksbund christlicher Sozialisten“ zusammen und bereits 1924 wurde Eckert zum Wortführer der Bewegung und 1926 Schriftleiter ihres Organs, des „Sonntagsblatts des arbeitenden

Volkes.“ Die Zeitschrift erreichte 1930 eine Auflagenhöhe von 8.500, 1931 bereits 17.000 und schließlich 20.000. In vier Landessynode saßen 24 Abgeordnete der religiösen Sozialisten und in den örtlichen Vertretungen waren es Hunderte. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg 1930 war Eckert aber unter 210 Delegierten der einzige religiöse Sozialist.

Vom Kapp-Putsch war schon die Rede. Weitere wichtige Etappen waren, der Kampf gegen den Missbrauch der Kanzel für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, die Aktivität für die Fürstenenteignung und gegen das empörende Verhalten der SPD-Führung, die im Wahlkampf mit der Losung für Kinderspeisung statt Bau von Panzerkreuzer wirkte und direkt nach der Wahl für diesen Bau stimmte!!

Immer spielten das Kriegserlebnis, der Kampf gegen Krieg und die Rüstung eine zentrale Rolle, wobei Eckert sich nicht als Pazifist verstand. Wenn er gegen die imperialistische Rüstung, gegen ihre Kriegsvorbereitung auftrat, verteidigte er eindeutig sowjetische Maßnahmen, die auf den Schutz des Landes vor imperialistischem Angriffskrieg zielten. Immer mehr auch traten nun soziale und ökonomische Probleme ins Zentrum seines Bewusstseins, werden die Not der Armen, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Elend zu Leitgedanken seines Wirkens.

Mit innerer Notwendigkeit führt dies an die Problematik des Marxismus und des Kommunismus heran, welchem Thema mehrere teils recht grundsätzliche und längere Aufsätze und Reden Eckerts gewidmet sind. Mich hätte unter ihnen am meisten der Aufsatz: „Sind wir Marxisten?“ aus dem Jahre 1930 zur Diskussion gereizt. Natürlich: Der Theologe kann der materialistischen Seite der marxistischen Philosophie keine Sympathie abgewinnen, er hätte ja sonst einen grundlegenden Wechsel nicht nur in seinem Berufsleben, sondern auch im innersten Kern seiner religiösen Weltanschauung vornehmen müssen – was aber für seinen, für unseren gemeinsamen Kampf für Sozialismus nicht nötig gewesen wäre, weshalb eine Diskussion mit ihm nur zu der Einsicht hätte führen können. Wir hätten eben durchaus prinzipiell unterschiedliche Positionen, die wir gegenseitig respektierten, die aber für unsere Praxis ohne Bedeutung seien. Doch Erwin Eckert entwickelte, warum er die Frage, ob die religiösen Sozialisten Marxisten seien, mit Ja beantworten konnte. Dazu deutete er den philosophischen Kern des Marxismus als zeitbedingt, der folglich relativierend zu verstehen sei. Auf dem Weg zu dieser Position vollzog Eckert den Übergang von der rein ethischen Hinneigung zur unterdrückten Klasse zur Einsicht in deren Probleme und Kampfbedingungen.

Um die Politik der Kirchenführungen zu erklären, ihren Klassencharakter nachzuweisen, zeigte er, welche Kräfte in diesen Führungen sitzen und welche nicht. So konnte er verständlich machen, welche wirklichen Motive sich hinter dem internationalen kirchlichen Generalangriff auf die Sowjetunion breit machten.

Dies alles führte dazu, dass sich die Konflikte mit den Kirchenoberen häuften, aber auch die mit der SPD-Führung, er wurde der Anführer der linken Opposition in der SPD Süddeutschlands.

Es kam „natürlich“ zu Repressionsmaßnahmen der Kirchenführung gegen ihn, sie bewirkten eine so starke Protestwelle – 100.000 Unterschriften, davon allein 40.000 allein in Mannheim und Heidelberg –, dass die Kirchenführung zurückweichen musste.

Wenn es gegen links und Linke geht, sind SPD-Führer allemal pflichtbewusst zur Stelle. Es kam, was kommen „musste“: Am 2. 10. 31 wurde Erwin Eckert aus der SPD hinausgeworfen, am folgenden Tag trat Eckert der KPD bei und begründete diesen Schritt mit einer umfangreichen öffentlichen Erklärung. Es folgten zahlreiche Massenkundgebungen Eckerts in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Berlin und Frankfurt/Main.

Die religiösen Sozialisten sind – wie Hans Heinz Holz festhielt – ein Strang klassenkämpferischer Bewegung innerhalb des Christentums, vergleichbar den heutigen Theologen der Befreiung in Südamerika.

Und die Kirche, ihre Obrigkeit? Balzer druckt den Hirtenbrief von Julius Kühlewein vom 29. März 1933 ab. Den muss man gelesen haben, hier einige Kostproben: „Evangelische Glaubensgenossen! Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen: Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat.... Der 5. März 1933 und die darauf folgenden Tage und Wochen brachten es zu einem weithin sichtbaren Ausdruck, dass unser Volk aus seinem lähmenden Todesschlaf erwacht und dass es gewillt ist, sich der vernichtenden Todesmächte zu erwehren und denen zu folgen, die es zu Freiheit, Gerechtigkeit, zu deutscher Treue und Gottesfurcht zurückführen wollen. Wir sehen darin im letzten Grunde nicht Menschenwerk, sondern Gottes Hand ...“ (Seite 497f.).

Was war das für eine fürchterliche Sprache, nur ein Satz darin war kein Lug und Trug: Die Führung der evangelischen Kirche Deutschlands hatte dem Machtantritt der Nazis den Weg mit bereitet, ihn „seit Jahren gehofft und ersehnt“!

Der 5. März 1933, dieser Wahltag lag kurz nach dem Reichstagbrand. Der war in der Tat ein „weithin sichtbarer Ausdruck“ der SA-Organen, der Sozialisten- und Kommunistenhatz. Es waren bereits Tausende in Folterhöllen verbracht, viele ermordet. Das alles, Hitler und seine mörderischen Spießgesellen Gottes Werk! Die nun beginnenden Jahre der wirklich „vernichtenden Todesmächte“ – von Gott gewollt!

Das darf uns aber nicht verwundern. In weiten Teilen Deutschlands gab es bereits vor 1933 „zahlreiche nationalsozialistische Geistliche“ (S. 171), davon allein 56 in Baden.“ Man muss ganz einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Evangelische Kirche allein von Vertretern der „alten Eliten“ geführt wurde, die dem Kaiser nachtrauerten, den Kaisermarschall Hindenburg ins Reichspräsidenten-Amt verhalfen, mit den Nazis zumindest sympathisierten.

Eckert über das „Gesicht“ dieser Führung der Landessynode von Württemberg: 26 Theologen, 1 Missionar, 1 Schulrat, 17 höhere und mittlere Beamte, 2 Kirchenmusiker, 5 Handwerker und Kaufleute, 1 Fabrikant, 1 Apotheker, fünf Landwirte und Großgrundbesitzer, worunter ein Fürst und ein Freiherr, 1 Bürgermeister, nur eine Frau.

„Arbeiter war und ist kein einziger im Kirchenparlament. Auf Arbeiter legt die Kirche des Nazareners also kein Gewicht! Aber Fürsten, Freiherrn, Fabrikanten, Großgrundbesitzer, Generalstaatsanwälte und andere 'Müheselige und Beladene'. Die Arbeiterschaft ist auch hier nur dazu da, Steuern zu bezahlen. Wenn Freidenker den Geist der Kirche kritisch beleuchten wollen, brauchen sie sich bloß auf die Zusammensetzung dieses Kirchenparlaments zu berufen“ (S. 226).

Religiöse Sozialisten Eckertscher Prägung hatten in der deutschnational bestimmten Kirche keinen Platz. Sie seien eine Neuauflage der kommunistischen Bewegungen des 16. Jahrhunderts, des Bauernkrieges und der Widertäufer – was ja im Kern durchaus richtig gesehen war. Eckert und sein Mitstreiter Kappes seien tolle Propheten, Schwarmgeister, Advokaten des Teufels und man erinnerte an Münzers und der Münsterianer Widertäufer Schicksal (Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Eckert und Kappes!). Nach der Niederlage der Bauern wurden sie zu Zehntausenden hingemetzelt und die Führer der Münster- Widertäufer hängte man, in Drahtkäfige eingesperrt – man kann sie noch heute hängen sehen, diese Körbe, am Turm der Lamberti-Kirche zu Münster und man möge sich die „Frommen“ vorstellen, die da unten auf der Gasse standen und das tagelange Krepieren dieser Männer begafften.

Szenenwechsel: Wie bewerten die USA unseren Genossen Erwin Eckert? Ist das nicht geradezu der Ritterschlag für Eckert, 1949 ausgesprochen vom Außenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses der führenden imperialistischen Macht der Welt, wenn er Eckert in die Reihe der 506 nicht-russischen kommunistischen Revolutionäre dieser Welt einordnete – darunter Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Mao Tse tung und Ho Chi Minh –, denen Lenin „die Fackel der Weltrevolution“ übergeben habe!

Den Band beschließen Zeugnisse der vielen Freunde, Mitstreiter Eckerts – sie standen an der Spitze einer kräftigen Solidaritätsbewegung für den vom Berufsverbot bedrohten und schließlich aus dem Amt Vertriebenen. So kommen

u.a zu Wort: Emil Fuchs, Heinz Kappes, Paul Piechowski, Bernhard Göring, Wolfgang Abendroth.

Besonders aufmerksam möchte ich auf die umfangreiche Erklärung Karl Barths verweisen, die nach der Befreiung vom Faschismus erschien und sehr gründlich auf das Verhalten der Kirchenführung insgesamt, also nicht nur zu Eckert, sondern insbesondere zu den Nazis eingeht. Auch der jetzige Landesbischof und der Mannheimer Oberbürgermeister dieser Tage haben sich selbstkritisch – nörgeln wir nicht an der einen oder anderen Formulierung herum – zu Wort gemeldet, es sind dies nicht nur selbstkritische Zeugnisse aus verantwortlichem Mund, es ist auch zu beachten, dass sie als Geleitworte dem Buche Balzers vorangestellt werden konnten.

Editorische Notizen, Kurzbiographien, ausführliche Literaturhinweise und ein umfangreiches Personen-Register erleichtern die Lektüre der mehr als 100 Quellen.

In: Unsere Zeit vom 16. Dezember 2011, S. 15

## **Laudatio auf Erwin Eckert. Der erste Pfarrer, der sich der KPD anschloß**

### ***Von Gert Wendelborn***

Der linke Marburger Historiker Friedrich-Martin Balzer legt ein neues Buch über den progressiven Pfarrer Erwin Eckert vor, wenn er diesmal auch „nur“ Herausgeber ist. Doch kommt diesem dickleibigen Werk insofern ganz besondere Bedeutung zu, als er hier die Quellen selbst sprechen läßt, so daß sich jeder Leser ein eigenes Bild verschaffen kann. Schon die Sammlung dieser heute nur schwer zugänglichen Dokumente, großenteils Erstveröffentlichungen, als Frucht einer 45jährigen Beschäftigung mit dem Gegenstand stellt eine große wissenschaftliche Leistung dar. Enthalten sind hier alle Äußerungen Eckerts 1930 und 1931, die gegen ihn ergangenen Urteil von Juni 1929 bis Dezember 1931 sowie solidarische und kritische Stimmen nach den Urteilen.

Eckert war in der Weimarer Republik der einzige Pfarrer, der nach fast 20jähriger Mitgliedschaft in der SPD, wo er sich spätestens nach 1925 zum linken Flügel zählte, der KPD beitrug und darüber sofort sein Pfarramt verlor. Der 1. Weltkrieg war sein Schlüsselerlebnis. Seit 1916 war ihm klar, daß der Krieg im Gegensatz zum christlichen Glauben steht. Daraus leitete er Folgerungen ab wie „Krieg dem Kriege!“ und „Die Waffen nieder!“ Er erkannte bald auch den Zusammenhang zwischen Krieg und kapitalistischer „Ordnung“, die für ihn im Grunde die Anarchie des Kampfes der Starken und Reichen gegen die Unterdrückten, Schwachen und Hilfsbedürftigen war. Daraus erwuchs sein Streben nach der

grundlegend anderen Ordnung im Zeichen wahrer Gleichberechtigung aller und damit der Aufhebung des Klassenantagonismus.

Insofern war Eckert Revolutionär, obgleich er wußte, daß es zur Revolution nicht „morgen oder übermorgen“ kommen werde und er vor Selbstüberschätzung warnte. Ein Revolutionär war für ihn ein Mensch, der sich mit dem Bestehenden nicht abfindet. Gefahren der Militanz des den Unterdrückten aufgenötigten Kampfes kannte er sehr wohl, wie er auch wußte, daß Egoismus und Gewalttätigkeit hierbei nicht nutzen und daß die neue Ordnung auch in den Herzen der Menschen vorbereitet werden muß. Damit im Einvernehmen steht, daß er für diesen Kampf politische wie ethische Gründe namhaft machte. Er plädierte für eine nüchterne Analyse auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Geschichtsbetrachtung im Sinne der Erkenntnisse von Karl Marx wie für die Schärfung des christlichen Gewissens in der Vergegenwärtigung der eigenen Ursprünge. Wahres christliches Ethos führte für ihn zur Brüderlichkeit aus dem Geist der Nächstenliebe wie zur Völkerversöhnung in scharfem Gegensatz zu übersteigertem Nationalismus und jeder Form des Rassismus. So widersprach er auch der Behauptung von der Schicksalhaftigkeit oder gar Notwendigkeit eines neuen Krieges, wußte aber, daß erst die klassenlose Gesellschaft das definitive Ende aller Kriege bedeuten wird.

Daraus ergab sich für Eckert zwingend das absolute, kämpferische Nein zu jeder Form des Faschismus. Gerade darum stellte er immer wieder Kreuz und Hakenkreuz in Gegensatz zueinander, und dies zu einer Zeit, in der die offizielle Kirche immer stärker nach Bindegliedern suchte und viele Pfarrer sich für die extreme Rechte engagierten. Dankenswerterweise findet sich schon auf dem Cover dieses Buches ein Flugblatt der Religiösen Sozialisten unter dem Titel „Der Protestantismus am Scheideweg“, in dem als Kennzeichen des Hakenkreuzes Haß, Gewalttätigkeit, Recht des Stärkeren, Herrenmenschentum, Ausmerzung der Schwachen, Unduldsamkeit, Unterdrückung jeder anderen Meinung, Faustrecht, Verdrehung und Irreführung, Chaos, Fanatismus, Völkerverhetzung und Krieg, Zerstörung und Untergang genannt werden. Eckert kannte den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus. In der Zeit der Notverordnungskabinette wies er darauf hin, daß der Kapitalismus derzeit seine demokratische Maske abwerfe und brutal werde, weil er meine, nur so sich erhalten zu können.

Eckert beging indes nicht den Fehler, bürgerliche Demokratie und faschistische Diktatur für identisch zu erklären. Vielmehr rief er zur entschlossenen Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte im Kampf gegen deren immer stärkere Einschränkung auf.

Eckerts Beitritt zur KPD erfolgte schon *einen* Tag nach seinem Ausschluß aus der SPD wegen „Fraktionstätigkeit“ im Zeichen der antifaschistischen Einheit. Er schloß sich der KPD als einer atheistischen Partei an, obgleich er bis zu seinem

Lebensende 1972 Christ blieb. Eckert tat es wegen ihrer gesellschaftlichen Zielsetzung ohne faule Kompromisse, wie sie für die SPD-Führung so typisch waren. Er war der geschätzteste antifaschistische Redner in Süddeutschland, der Tausende Zuhörer hatte und der auch das Ohr zahlreicher Arbeiter fand, und er war deshalb bei der Reaktion aller Couleur der meistgehaßte Mann.

Eckerts Solidarisierung mit der Sowjetunion 1930 erfolgte nicht, weil er sämtlichen Aspekten der sowjetischen Politik kritiklos gegenüberstand, sondern weil er klar erkannte, daß die Reaktion nicht zufällig gerade in der präfaschistischen Phase zum Generalangriff – vorerst noch verbal – auf die UdSSR übergang und daß dafür letztlich der Zorn verantwortlich sei, daß jetzt die russischen Rohstoffe ihrer Verfügungsgewalt entzogen waren.

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß sowohl der badische Landesbischof Ulrich Fischer als auch der der SPD angehörende Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz (hier wirkte Eckert segensreich in einer Arbeitergemeinde) Geleitworte beisteuerten. In ihnen suchen sie Eckert gerecht zu werden suchen, verbunden mit einer selbstkritischen Haltung im Hinblick auf die eigene Institution bzw. Partei. Ihren Wunsch nach Weiterverbreitung des Buches schließe ich mich von Herzen an. Geschichte wiederholt sich zwar nicht einfach. Aber die Aktualität der hier geschilderten Geschehnisse ist mit Händen zu greifen. Aufs neue verdichten sich die Krisensymptome des Kapitalismus, diesmal in globalem Ausmaß. Auch die (neo-)faschistische Gefahr ist nicht geschwunden. Das aber zeigt, daß Erwin Eckerts Reden und Handeln wegweisend bleiben.

In: RotFuchs, 15. Jahrgang, Nr. 170, März 2012, S. 6.

## **Der Fall Erwin Eckert**

### **Von Werner Röhr**

Friedrich-Martin Balzer (Hg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten. Mit Originalbeiträgen von Wolfgang Abendroth, Karl Barth, Rudolf Bultmann u.a., Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 527 S. 24,90 €

Erwin Eckert (1893-1972) war einer der wenigen deutschen evangelischen Pfarrer, die sich öffentlich zum Arbeiter-Sozialismus und theoretisch zum Marxismus bekannten. Geboren wurde er als Sohn eines Lehrers in Mannheim, Theologie studierte er in Heidelberg, Göttingen und Basel. 1912 trat er in die Sozialdemokratische Partei ein, 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. Aus dem Krieg kam er 1918 „völlig vernichtet und zerschlagen“ zurück. „Ich war vor allem im Innersten bedrückt, daß ich das alles nicht habe machen müssen, sondern mitgemacht habe.“ Die Kräfte zur Erneuerung Deutschlands sah er „im

Sozialismus und im Evangelischen Christentum der Freiheit, Wahrheit und Arbeit“.

1922 wurde Eckert Pfarrer in Meersburg am Bodensee, 1927 kehrte er nach Mannheim zurück und wurde Gemeindepfarrer an der Trinitatiskirche. Er war ein mitreißender Redner und vertrat seine antimilitaristischen, antifaschistischen und sozialistischen Positionen mit Entschiedenheit und großer Wirkung. Sein offen bekundeter Anspruch, sich aus einer christlichen Motivation heraus für die Lebensinteressen der Arbeiter einzusetzen, fand unter religiös gebundenen Arbeitern große Resonanz.

Die ersten Gruppen religiöser Sozialisten entstanden 1905/06 in der Schweiz. In Deutschland bildete sich ein erster Bund religiöser Sozialisten 1919 in Berlin, parallel dazu entstanden organisierte Gruppen in Baden und Thüringen. Aus ihnen entwickelte sich 1924-1926 der Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands mit Neben- und Vorfeldorganisationen. Sein Mitbegründer Eckert amtierte von 1926 bis 1931 als geschäftsführender Bundesvorsitzender. Als Herausgeber und Autor prägte er dessen Zeitung „Der religiöse Sozialist“, das „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“. In der Broschüre „Was wollen die religiösen Sozialisten?“ formulierte Eckert 1927 die Mehrheitsmeinung des Bundes als Programm.

Geschichte, Theologie und Wirkung des Bundes sind nicht Gegenstand des Buches. Balzer dokumentiert den sog. Badischen Kirchenkonflikt für die Jahre 1930/31, in dem es dem deutschnationalen Kirchenvorstand der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Baden darum ging, sich dem NSDAP-Flügel der Landeskirche als Bündnispartner für die 1932 anstehenden Kirchenwahlen zu empfehlen und zu diesem Zweck dem Bund und dessen Lokomotive Eckert die politische Agitation gegen die Faschisten zu verbieten. Dieser Konflikt mit dem kämpferischen Antifaschisten ist ein Musterbeispiel für den Weg der deutschen evangelischen Kirchenführungen ins „Dritte Reich“. Denn der Bund Religiöser Sozialisten Deutschland war die einzige organisierte Kraft, die sich innerhalb des deutschen Protestantismus dem erstarkenden Faschismus, der unter der Flagge eines „positiven Christentums“ in evangelischen Kirchen und Kirchenleitungen Fuß faßte, dessen Pfarrer Gottesdienste für SA und Stahlhelm zelebrierten, wirksam entgegenstellte. Der Gegensatz stellte sich im Badischen Kirchenkonflikt auch personell dar: Bei allen kirchenamtlichen Prozessen gegen Eckert vertrat Otto Friedrich die badische Kirchenleitung als Ankläger. Friedrich warb nicht nur um die NSDAP- und SA-Pfarrer als Bundesgenossen, er entpuppte sich 1933 auch sehr rasch als Parteigänger der Nazis.

Der Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands verstand sich als politische Gegenbewegung gegen die rechtskonservativen, deutschnationalen Kirchenführungen. Wem die badische Landeskirche jener Zeit im Vergleich mit den erzkonservativen evangelischen Kirchenleitungen in Preußen oder Mecklenburg als ein Hort des Liberalismus erschien, fühlte sich vielleicht an die

demokratischen Traditionen Badens 1848/49 erinnert. Tatsächlich aber war der Bund auch in Südwestdeutschland eine zwar starke und bei Kirchenwahlen nicht zu vernachlässigende Minderheit in der Kirche. Und die Erfahrungen seiner Mitglieder mit der deutschnationalen Kirchenführung unter dem Landesbischof Nikolaus Wurth ließen alle Illusionen über deren Liberalismus wie Seifenblasen platzen. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 untersagte die badische Kirchenführung allen Pfarrern, öffentlich gegen Hindenburgs Kandidatur oder gar für einen anderen Kandidaten einzutreten, während sie den Mißbrauch der Kanzeln für die Wahl Hindenburgs forcierte. Ein Jahr später beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung verbot der Kirchenpräsident seinen Geistlichen, für die Enteignung einzutreten und erklärte das Eigentumsrecht der Fürsten für heilig. Eckert ließ sich in beiden Fällen nicht das öffentliche Wort verbieten. So war es kein Wunder, daß das Wirken des sozialistischen Pfarrers von seiner Kirchenleitung mit Argwohn und Disziplinarverfahren verfolgt wurde.

Die Tatsache, daß der geschäftsführende Bundesvorsitzende evangelischer Pfarrer war, sollte nicht zu Fehlschlüssen verleiten: Der Bund war weder eine protestantische Vereinigung noch ein Pfarrerbund. Er entstand aus zwei selbständigen Strängen, einmal der bürgerlichen christlichen Friedensbewegung im ersten Weltkrieg, zweitens aus christlichen Sozialdemokraten. Eckert, seit 1912 Mitglied, zählte in Südwestdeutschland zu den erfolgreichsten Rednern der SPD. Er gehörte zu ihrem linken Flügel und war seit Anfang 1930 Sprecher der linken Opposition (Klassenkampfgruppe) in Baden. Mit der Politik seiner Partei geriet er in scharfen Konflikt, als diese entgegen ihren Wahlversprechen für den Panzerkreuzerbau eintrat, sobald sie wieder an der Regierung war.

Pfarrer wie Erwin Eckert gehörten zu den Initiatoren und führenden Köpfen des Bundes. Doch ihre optische Überrepräsentanz darf nicht übersehen lassen, daß der Bund überwiegend eine Laienbewegung war und die Pfarrer unter den Funktionsträgern eine Minderheit darstellten. Unter den Laien machten Arbeiter die Mehrheit aus. Vor seinem Verbot 1933 gab es elf Landesverbände mit rund 25.000 Mitgliedern. Alle Funktionsträger arbeiteten ehrenamtlich. Da Pfarrer leichter als Arbeiter über ihre Zeit und auch materiell über bessere Voraussetzungen verfügten, konnten sie leichter Funktionen übernehmen. Die badische Kirchenleitung wollte aber nicht tatenlos zusehen, wie der ihr verhaßte Eckert auf der Basis seiner Mannheimer Pfarrstelle den Bund und seine Zeitschriften leitete.

Neben den elf Landesverbänden gab es eine Arbeitsgemeinschaft katholischer Sozialisten und eine Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sozialisten. Der Bund praktizierte gegenüber den Juden nicht die antisemitische Politik großer Teile der evangelischen Kirchen. Neben den Arbeitsgemeinschaften gab es noch eine Bruderschaft sozialistischer Theologen, die von den 16.000 evangelischen Pfarrern

der Weimarer Republik knapp 200 in ihren Reihen vereinte, die aber keineswegs auch alle dem Bund angehörten.

Der Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands war vor 1933 die einzige innerkirchliche Kraft, welche die NSDAP und die Deutschen Christen politisch und theologisch bekämpfte. So wandte sie sich anlässlich der Reichstagswahlen 1924 öffentlich gegen deren Vorläufer: „Schwarz-weiß-rot heißt: für den Rassenhaß, für die Judenhetze, für die Beseitigung des jüdischen Geistes im Christentum sein, heißt, das alte Testament abschaffen, also gegen die Bibel, für Zerstörung des Christentums sein, im Zeichen des Hakenkreuzes.“ Seit 1930 wurde der Kampf gegen den Faschismus zum Hauptthema der Presse des Bundes. Auf dem Kongreß des Bundes 1930 hatte Aurel von Jüchen, ausgehend von den Erfahrungen in Italien, den Faschismus analysiert und geradezu prophetisch vor ihm gewarnt. Während die evangelischen Kirchenleitungen, auch in Baden, den Deutschen Christen alle Tore weit öffneten, bildeten die Mitglieder des Bundes innerhalb der Kirchen die vorderste Abwehrfront. Gemeinsam mit Manfred Weißbecker hat Friedrich-Martin Balzer 2002 die Analysen und Berichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs über die letzten Jahre der Weimarer Republik herausgegeben. Sie verdeutlichen, mit welcher Klarsicht und Entschiedenheit diese beiden Vorstandsmitglieder des Bundes den Kampf gegen den Faschismus führten.<sup>1</sup>

Am 17. Dezember 1930 sprach Erwin Eckert auf einer von der Ortsgruppe der SPD in Neustadt einberufenen öffentlichen Versammlung zum Thema „Die große Lüge des Nationalsozialismus“. Die Versammlung endete in einer von der SA provozierten Saalschlacht. Während die SPD-Ortsgruppe Neustadt die Versammlung, besser geschützt und erneut mit Eckert als Redner, wiederholen wollte, erließ der Evangelische Oberkirchenrat ein Redeverbot für den Pfarrer. Und als Eckert sich dem Verbot nicht beugen wollte, enthob ihn die Kirchenleitung am 3. Februar 1931 kurzerhand seines Dienstes. Die deutschnationale Kirchenleitung unterstützte damit die terroristischen Drohungen der SA und des Stahlhelm, die nach Neustadt angekündigt hatten, öffentliche Reden Eckerts gegen den Faschismus nicht mehr zulassen zu wollen.

Doch der Oberkirchenrat hatte die Rechnung ohne sein Kirchenvolk gemacht. In Baden unterzeichneten rund 100.000 Kirchenmitglieder mit Namen und Adresse eine Protesterklärung, die Eckerts Wiedereinsetzung forderte. Die ungewöhnlich starke Protestwelle in ganz Deutschland und die große Publizität zwangen die

---

1 Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Hg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth. Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Bonn 2002.

badische Kirchenführung, die Suspendierung Eckerts wieder aufzuheben, allerdings mit diskriminierenden Auflagen, an die Eckert sich nicht halten wollte.

Im Oktober 1931 schloß die badische SPD-Führung Eckert aus, weil sie dessen Kritik an ihrer arbeiterfeindlichen Politik in der Weltwirtschaftskrise nicht mehr hinnehmen wollte. Einen Tag nach seinem Ausschluß trat Eckert der KPD bei. Eckerts Schritt erregte großes Aufsehen, erstens weil der nach wie vor aktive Pfarrer sich öffentlich zum Marxismus bekannte und zweitens weil die KPD ihn ohne Einschränkungen als Mitglied aufnahm. Schließlich hatte die KPD sektiererisch die ihr am nächsten stehenden linken Sozialdemokraten als schlimmste Feinde beschrieben und den religiösen Sozialismus als „besonders gefährliche reaktionäre Strömung“ bekämpft. Noch 1928 hatte die „Rote Fahne“ geschrieben: „Eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei ist unvereinbar mit der bei den religiösen Sozialisten.“ (15.9.1928). Im Oktober 1931 dagegen nahm die KPD Erwin Eckert ohne Bedingungen auf. So tolerant war die badische Landeskirche nicht. Wie in den 1890er Jahren im Falle einer SPD-Mitgliedschaft hielt sie nunmehr eine KPD-Mitgliedschaft per se für unvereinbar mit den Dienstpflichten eines Pfarrers. Sie entließ Eckert am 11. Dezember 1931 endgültig auf dem Kirchendienst. Dieser trat daraufhin aus der Kirche aus.

Als Eckert 1972 starb, übernahm Friedrich-Martin Balzer den Nachlaß. Seither forscht er zu Eckert und hat in über vier Jahrzehnten mehrere Bücher veröffentlicht, die dem mutigen Antifaschisten ein literarisches Denkmal setzen. Die neue Dokumentation enthält außer 66 Beiträgen Eckerts aus den Jahren 1930 und 1931 zum Badischen Kirchenkonflikt, meist in „Der religiöse Sozialist“ veröffentlicht, im vollen Wortlaut die ergangenen kirchlichen bzw. kirchengerichtlichen Urteile sowie zeitgenössische solidarische Stimmen zur Amtsenthebung, zu den gerichtlichen Verfahren und zur endgültigen Dienstentlassung. Der Band bietet daher über die Geschichte des antifaschistischen Kampfes von Eckert hinaus instruktive Einblicke in den Weg einer evangelischen Landeskirche in den Faschismus – und auch in die heute noch weithin unbekannt kirchliche Gerichtsbarkeit.

Als Nachfolger auf der Mannheimer Kanzel Eckerts setzte die Kirchenleitung entgegen dem Gewohnheitsrecht nicht wieder einen Pfarrer des Bundes religiöser Sozialisten ein, sondern ein Mitglied der NSDAP (Friedrich Kölli). Bei den Kirchenwahlen 1932 errangen die „evangelischen Nationalsozialisten“ mit den Deutschnationalen (Positive) eine Zweidrittelmehrheit und schufen als Kirchenleitung „das protestantische Harzburg“ (Heinz Kappes). Diese Badische Kirchenregierung forderte am 12. April 1933, zwei Monate vor dem Verbot der SPD, alle Pfarrer, die dieser Partei angehörten, auf, eine Erklärung abzugeben, daß sie aus dieser Partei ausgetreten seien und weder mittelbar noch unmittelbar marxistische Forderungen und Ziele förderten.

In der Kirchengeschichtsschreibung gilt die Badische Landeskirche für die Jahre 1933-1945 als „intakte“ Landeskirche. Intakt hieß, sie verabschiedete eine neue Verfassung und führte das Führerprinzip ein, die Ämter von Prälat und Kirchenpräsident wurden in dem des Landesbischofs vereinigt. Zum Landesbischof ernannte der Evangelische Oberkirchenrat D. Julius Kühlewein, der als ehemaliges Mitglied der Kirchenregierung an allen kirchlichen Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert mitgewirkt hatte. Stellvertretender Landesbischof wurde Karl Ludwig Bender, der 1933 der NSDAP beitrug. Unter den 27 Pfarrern und Theologen der 1933 neugewählten Synode waren 17 Deutsche Christen. Kirchenwahlen waren nach 1933 abgeschafft. „Intakt“ hieß, von den 750 erfaßten badischen Geistlichen im Jahre 1935 gehörten 127 der NSDAP an, davon 56 schon vor 1933; 17 Geistliche waren fördernde Mitglieder der SS, 96 waren in der SA. Schon vorher hatten 25 Pfarrer einem Freikorps oder einer Grenzschutzformation angehört.

„Intakt sein“ hieß: Erwin Eckert war am 1. März 1933 verhaftet worden, er saß wegen Vorbereitung zum Hochverrat Jahre im Nazizuchthaus und stand danach unter Polizeiaufsicht. Nach dem Krieg war Eckert von 1946 bis 1950 Vorsitzender der KPD Badens, 1946 Vizepräsident der Verfassungsgebenden Versammlung Badens und Landtagsabgeordneter. Die Kommunalwahlen für den Posten des Mannheimer Oberbürgermeisters bezeugten Eckerts große Popularität (34,7%).

Signifikant für die Kontinuitäten der badischen Landeskirche wie der Justiz der BRD sind zwei Sachverhalte: Die alliierte Besatzungsverwaltung unterstützte 1946 den Antrag an die badische Landeskirche, Eckerts Dienstentlassung aufzuheben und ihn regulär als Pfarrer wieder einzustellen. Der Oberkirchenrat reagierte nicht einmal. Und die Bundesrepublik verurteilte ihn noch einmal für dasselbe Delikt wie die Nazis, für seinen Kampf für den Frieden und gegen die Wiederaufrüstung.

Eines läßt aber aufhorchen: Der gegenwärtige badische Landesbischof Dr. Ulrich Fischer hat für das Buch ein bemerkenswertes Geleitwort geschrieben: Er würdigt Eckert als „einen der bedeutendsten Pfarrer der badischen Landeskirche im 20. Jahrhundert“, als einen politisch denkenden und handelnden Pfarrer, der „aus der sozialen und befreienden Botschaft des Christentums heraus neue Maßstäbe in der Kirche zu setzen suchte, indem er die Benachteiligten der Gesellschaft ansprach, um mit ihnen und für sie ein Stück mehr Gerechtigkeit (...) zu schaffen“. Das Handeln der badischen Kirchenleitung gegen Eckert allerdings als Irritation und Überreaktion verstehen zu wollen, geht an der Sache so vorbei, wie die halbherzige Erklärung der Badischen Kirchenleitung zur Rehabilitation von 1999, die ebenfalls auf Unverhältnismäßigkeit abhob. Juristisch wurde Eckert bis heute nicht rehabilitiert.

In: Z, Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 89, März 2012, S.201-206.

## **Ein anregendes Buch über „die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“**

**Von Professor Hans See**

Die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts, die zwei Weltkriege und den Kalten Krieg mit verursacht und dennoch überlebt hat, wird jetzt Bundespräsident. Das war mein erster Gedanke, als ich erfuhr, dass der ehemalige Rostocker Pfarrer und spätere Leiter der nach ihm benannten Gauck-Behörde zum Nachfolger des zurückgetretenen Christian Wulff nominiert wurde. Denn ich las gerade die von Friedrich-Martin Balzer herausgegebene und kommentierte Dokumentation über den Fall des 1931 in die KPD eingetretenen Sozialdemokraten und evangelischen Pfarrers Erwin Eckert. Eckert (1893-1972) brachte mit diesem Aufsehen erregenden Schritt nicht nur seine antikommunistischen Kirchenoberen, sondern auch die nicht minder antikommunistische Spitze der SPD gegen sich auf. Das bedeutete, dass Eckert alles verlor, was bis dahin seinem Leben für die Armen und Entrechteten einen Sinn und einen einigermaßen sicheren Rahmen für sein Wirken geboten hatte.

Am Ende verlor er seine persönliche Freiheit. Nach monatelanger Haft 1933 war er bis 1936 in der Illegalität tätig, wurde 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren und 8 Monaten Zuchthaus verurteilt; nach seiner Freilassung stand er bis Kriegsende unter Polizeiaufsicht. Ein Glücksfall, dass er nicht auch – wie Millionen andere – in diesem Kampf des abendländischen Christentums und des faschistischen, sprich rassistischen und antikommunistischen Nationalismus und Imperialismus gegen den angeblich „jüdischen“ Liberalismus und dessen Kinder, die Sozialdemokratie und den „Bolschewismus“, sein Leben verlor. Eckert, der seit 1911 der SPD angehört hatte, wurde ausgeschlossen und trat der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Aber nicht, wie man annehmen könnte, weil er seinen Glauben an Gott, sondern den an die Entschlossenheit seiner Partei verloren hatte, den damals schon klar erkennbaren Aufstieg Hitlers zum allmächtigen Diktator und damit die Machtübernahme der von großen Teilen der Wirtschaft unterstützten NSDAP zu verhindern. Zu spät: Die von der Mörder- und Räuberbande zur Staatspartei aufgestiegene NSDAP verbot nicht nur die KPD, sondern auch die SPD. Erst im KZ waren beide Seiten bereit, sich zusammenzuraufen.

Eckert war als Sozialdemokrat freiwillig in den Ersten Weltkrieg gezogen, wurde Offizier und begann in dieser Position allmählich zu durchschauen, dass die Kriegsziele ganz andere waren als die offiziell genannten, die ihn dazu gebracht hatten, diesen Krieg als Verteidigungskrieg misszuverstehen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen der sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs spaltenden Sozialdemokratie, die allmählich gewonnene Einsicht, dass nur die Überwindung dieser Spaltung der Arbeiterklasse eine letzte Chance bot, ihre kriegslüsternden und ausbeuterischen Feinde an der Eroberung der Staatsgewalt, der Errichtung eines Terrorregimes und das Anzetteln eines Zweiten Weltkriegs zu verhindern, waren, wie Balzer schreibt, sein ganzes Leben lang Richtschnur seines politischen Denkens und Handelns.

1920 war Eckert Mitglied des „Bundes evangelischer Proletarier“ geworden, der sich bald „Bund evangelischer Sozialisten“ nannte und dessen Mitgliedschaft aus Sozialisten dreier sozialistischer Parteien bestand. Gemeinsam kämpften sie gegen die politische Reaktion (z.B. den Kapp-Putsch) sowie die „konservative Revolution“, besonders jedoch gegen die antisozialistische Agitation der eigenen Kirche. Sie waren für die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, für eine radikale Friedenspolitik, für eine sozialistische Wirtschaftsordnung, weil sie durch Erfahrung und durch die marxistische Analyse des Kapitalismus zu dem Ergebnis gekommen waren, dass diese „Ordnung“ – systembedingt – immer wieder soziale Probleme verursacht, die zu Bürgerkriegen und imperialistischen Kriegen führen können, auch zum Faschismus. In seinem entschiedenen Kampf gegen den Faschismus war Eckert immer heftiger in die Kritik der Oberen seiner Kirche und seiner Partei, der SPD, geraten. Die Kirchen-Führer erteilten ihm Redeverbot, die SPD-Führer schlossen ihn aus der Partei aus. Einen Tag nach seinem Parteiausschluss, am 3. Oktober 1931, trat Eckert in die KPD ein, was dann auch zu seiner Entlassung aus dem Kirchendienst führte. Hoch interessant die Auseinandersetzung um die Frage, ob ein Christ Marxist sein könne. Die Antwort: Ja.

Friedrich-Martin Balzer, der bei dem marxistischen Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth über „Erwin Eckert und den Bund religiöser Sozialisten“ promovierte, der seitdem Eckerts Leben gründlich erforschte, darüber auch mehrere Bücher publizierte, sagt mit Recht, dass Eckert in gewisser Weise als „Theologe der Befreiung“ angesehen werden könne. Abendroth hatte sich vor 1933 in den Fall Eckert eingeschaltet und für ihn Partei ergriffen, Balzer – selbst Pfarrerssohn und Marxist – hatte noch Gelegenheit, Eckert persönlich kennen zu lernen. Eckert war nach 1945 wieder in der KPD und in der Friedensbewegung aktiv, war sogar kurzzeitig in die DDR übersiedelt, weil er einen Autounfall für einen Anschlag auf sein Leben hielt, und er war von 1952 bis zum KPD-Verbot 1956 Landtagsabgeordneter im Baden-Württembergischen Abgeordnetenhaus. Als einer der leitenden Vorsitzenden des 1959 verbotenen Friedenkomitees wurde er 1960 „wegen Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“ zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt – ein Mann, der 1946 Staatsrat der provisorischen Regierung Badens war und 1949 bei seiner Kandidatur zum Oberbürgermeister Mannheims fast 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt.

Schön, dass – neben dem Landesbischof Ulrich Fischer – der heutige Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) ein Geleitwort zu diesem 527 Seiten umfassenden Dokumentationsband schrieb und darin durchblicken lässt, es sei damals sicher besser gewesen, den Dialog mit Eckert zu suchen, statt ihn aus der SPD auszuschließen. Schön, dass die evangelische Landeskirche im Jahr 1999 Eckert zu rehabilitieren suchte. Aber so lobenswert man diese Gesten auch finden mag, was bedeuten sie angesichts der Tatsache, dass zur selben Zeit ein Mann wie Joachim Gauck (Jahrgang 1940) zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt wird? Jetzt, wo diese Zeichen einer Rehabilitation Eckerts die Hoffnung hätten wecken können, dass die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts, der

Antikommunismus, allmählich überwunden wird. Der Kampf gegen den Neofaschismus kann doch nur durch Beendigung des Klassenkampfes von oben (als den ich den Antikommunismus betrachte) erfolgreich geführt werden. Die erneut ihr Haupt erhebende Mörderideologie wird ihren Siegeszug fortsetzen, wenn der von allen bürgerlichen politischen Parteien zum Hoffnungsträger erhobene und zum Bundespräsidenten gewählte Kommunistenjäger der Rechten weiterhin Recht gibt wie bisher.

Was dies bedeutet, wird erst durch den Vergleich der beiden Biographien von Erwin Eckert und Joachim Gauck bewusst. Dieser Vergleich kann – auch wenn beide Personen nie und nichts miteinander zu tun hatten – sehr eindringlich verdeutlichen, was Thomas Mann meinte, als er den Antikommunismus die „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ nannte. Thomas Mann war – wie jeder weiß – kein Kommunist. Mit Joachim Gauck – und dem inquisitorischen Antikommunismus, den er repräsentiert – ist diese Grundtorheit, die nicht nur Deutschland unermesslichen Schaden zufügte, die zwei Weltkriege und den Kalten Krieg wesentlich mit verursachte, noch immer lebendige Gegenwart. Das 20. Jahrhundert liegt aber hinter uns, aber mit Gauck droht uns, dass es bis weit ins dritte Jahrtausend herübergerettet wird. Zwar sieht sich Gauck selbst als postmodernes Gesamtkunstwerk, nämlich als „linken liberalen Konservativen“. Doch hinter dieser Selbstetikettierung verbirgt sich laut Tagesspiegel, der sich auf den *Focus* beruft, der „wahrscheinlich größte deutsche ‚Antikommunist von Gottes Gnade‘“.

Dass es Kommunistenjäger noch immer gibt, angefangen bei den mordenden Neonazis über den auf dem rechten Auge blinden Verfassungsschutz bis tief in die Mitte der gutbürgerlichen Gesellschaft, man denke an die Forderung des CSU-Generalsekretärs nach einem Verbot der Partei Die Linke, ist ein ernstes Problem. Aber eines, gegen das man noch mit Aussicht auf Erfolg ankämpfen kann, weil so viel politische Dummheit trotz jahrelanger Gehirnwäsche in Deutschland (noch?) nicht mehrheitsfähig ist. Ich sehe das schwerer lösbare Problem darin, dass ein bekennender fundamentalistischer Antikommunist, auch noch ein Pfarrer aus der DDR, von allen Parteien – außer der als Buhmann notwendigen Linkspartei – zum Staatsoberhaupt Deutschlands gewählt wurde. Das ist ein gefährliches Signal, dass sich längerfristig als eine für die Weiterentwicklung der Demokratie tödliche Weichenstellung erweisen könnte. Denn wer die Teilung Deutschlands gut 20 Jahre nach der als „Wiedervereinigung“ bezeichneten Eroberung der neuen Bundesländer in Form der Teilung der Weltgesellschaft in gute Antikommunisten und böse Kommunisten aus persönlichen Motiven im höchsten Staatsamt des einflussreichsten Staates der Europäischen Union fortsetzt, kann nicht das Notwendige aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gelernt haben.

Eigentlich brauchten wir jetzt einen Bundespräsidenten, der demonstrativ seine strikt antikommunistische Haltung revidiert. Damit würde er nicht nur jenen Teilen der jüngeren Generationen, denen raffinierte Demagogen wie Götz Aly und Erika Steinbach (um zwei von vielen zu nennen) die NSDAP neuerdings als linke Partei

anzudrehen versuchen, einen großen Dienst leisten, sondern auch unser Ansehen in der Welt verbessern. Wenn es den postkommunistischen Demagogen gelingen sollte, Linke als verkappte Rechte zu denunzieren, indem sie die NSDAP als linke Partei bezeichnen, hat dies sicher mit ihrer Kritik an der Politik Israels zu tun. Doch mit diesem Versuch, die Kritik an der israelischen Politik als Antisemitismus darzustellen, ethnisieren die angeblichen Israelfreunde soziale und wirtschaftliche Konflikte und tun damit genau das, was seit jeher als Problem aller rechten Ideologie auszumachen und eine der Wurzeln des Antisemitismus ist. Wenn Gauck dazu noch den „Mut“ Thilo Sarrazins lobt, bestätigt er den aufgrund seines Antikommunismus ohnedies schon vorhandenen Verdacht, mit den extremen Rechten zu sympathisieren. Dies wäre inmitten der größten aller bisherigen Wirtschaftskrisen der Weltgeschichte der politische Supergau.

Wenn sich Gauck an der Ethnisierung sozialer Konflikte beteiligt, indem er denen nach dem Mund redet, die den derzeit hoch kochenden Kassenkampf, bevor er in einen offenen Klassenkampf umschlägt, in einen Rassenkampf zu verwandeln versuchen, beteiligt er sich an der Pervertierung und am Verrat des historisch vor allem durch die Arbeiterbewegung humanisierten und demokratisierten Freiheitsbegriffs. Davor muss man ihn warnen. Wer angesichts der Wirtschaftskrise den frühkapitalistischen Freiheitsbegriff zu idealisieren versucht, betreibt das Geschäft derer, die immer wieder versuchen, die ganze Geschichte ins vordemokratische Zeitalter zurückzudrehen. Die Biographien der beiden deutschen Pfarrer, zweier Protestanten verschiedener Generationen, zeigen, wie man dabei unter die Räder geraten kann. Eckert wurde 1893 bei Karlsruhe, Gauck 1940 in Rostock geboren. Eckert wurde kurz vor der Übergabe der Macht durch die Großindustriellen an Hitler zum Kommunisten und aus seinem Pfarramt entlassen. Gauck wurde kurz vor dem Zusammenschluß des geteilten Deutschland, das ohne die Machtübergabe an Hitler gar nicht geteilt worden wäre, zum amtlich bestellten Antikommunisten und verließ dafür freiwillig sein Pfarramt. Eckert erlitt, indem er der KPD beitrug, um den Faschismus zu verhindern, Diskriminierung, politische Verfolgung und Gefängnis. Auch noch 1959. Hier auf Bewährung. Mit etwas Glück hatte Eckert das Regime der faschistischen Mörderbanden überlebt. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hat ein Gericht der sich selbst als Rechtsstaat feiernden BRD sich geweigert, die „vorgelegten Beweismittel über die Friedensarbeit der Angeklagten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen“. Es lehnte die Beweisanträge des Verteidigers Heinrich Hannover, was verfassungswidrig war, kurzerhand ab. Aber auch Eckerts Verfassungsbeschwerde blieb erfolglos. Der demokratische Rechtsstaat glaubte, die Rechtsstaatlichkeit nicht beachten zu müssen, denn es waren ja Kommunisten, die man vor Gericht gestellt hatte.

Ja, wenn es Nazis gewesen wären, dann wäre die Lage eine andere. Im Nachrichtenmagazin Der SPIEGEL war 1961 (im Jahr des Mauerbaus) von dem „bislang ungewöhnlichsten politischen Strafprozess“ zu lesen, der „das Elend der politischen Justiz im liberalen Rechtsstaat“ erhelle. Das große Elend der politischen Justiz im westlichen Teil des geteilten Deutschland ist vergessen. Es war der größere und schon immer reichere Teil, der bis 1969 ein reiner CDU-Staat gewesen

ist. Um dessen Unrecht an linken Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten vergessen zu machen, wurde während des Kalten Krieges im rechten Lager der Eindruck erweckt, als hätten die Nazis, um Deutschland vor dem Untergang zu bewahren, nur Juden verfolgt und vernichtet, als sei es nun Sache der CDU/CSU (und der in zugelassenen Parteien untergetauchten und in Sicherheitsorganen untergebrachten Altnazis), die die von den Nazis unvollendet gelassene historische Aufgabe zu erfüllen hätten, Deutschland vor Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zu retten. Wer heute auf die politische Justiz der DDR Steine wirft, sollte nicht vergessen, dass er im Glashaus sitzt.

Mit der im Kalten Krieg unter jedem freiheitlichen Bett lauenden kommunistischen Gefahr konnte das schreiende Unrecht des Rechtsstaats BRD völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgelöscht werden. So wie heute die ausländerfeindliche Politik der gesamtdeutschen Regierung (und der Bundesländer) hinter allen nur denkbaren ausländerfreundlichen Symbolhandlungen und menschenrechtlichen Lippenbekenntnissen verborgen wird. Wenn Bundespräsident Gauck der Präsident aller Deutschen werden und auch im Ausland über das so genannte bürgerliche Lager hinaus anerkannt werden möchte, was bisher keineswegs der Fall ist, sollte er sich dazu durchringen, seinen Antikommunismus als Fehler, zumindest als historisch überholt, einzugestehen. Ein Fehler, der genau das bewirkt, was er angeblich verhindern soll, den Verlust bürgerlicher Freiheiten. Natürlich wollen Antikommunisten nicht den Verlust der Freiheit derer, die sich berufen fühlen, im Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten, Bankenkritiker und antikapitalistische Strömungen den Kapitalismus zu retten. Dass die Rettung des Kapitalismus, der Freiheit der Kapitalverwerter, am besten vom Faschismus garantiert werden kann, weiß Bundespräsident Gauck so gut wie jeder, der sich auch nur ein wenig mit der deutschen Geschichte - oder der chilenischen - befasst hat.

Vielleicht sollte Gauck seine innere Befreiung vom Trauma des Antikommunismus mit der Lektüre der Bücher von Friedrich-Martin Balzer über Erwin Eckert beginnen. Diese Bücher, vor allem die jetzt erschienene Dokumentation, könnten ihm zu einem Damaskuserlebnis verhelfen, das bekanntlich den fanatischen Christenverfolger Saulus in den urchristlichen Paulus verwandelte. Und vielleicht kennt ja der evangelische Theologe Gauck auch Max Webers plausible Feststellung, beim Urchristentum habe es sich um einen „Liebeskommunismus“ gehandelt. Das würde erklären, weshalb es so viele Christen gibt, die es ablehnen, nicht gewendete Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zu verfolgen. Weltweit ist die Zahl der Christen groß, die den Mut haben, Sozialisten oder Kommunisten zu verteidigen, selbst Sozialisten oder Kommunisten zu werden und als solche den kriminellen Missbrauch von Wirtschaftsmacht, vor allem die prokapitalistische Reservearmee, die Faschisten, gemeinsam mit Antifaschisten zu bekämpfen.

Man muss kein Kommunist sein, nicht einmal ein Kommunistensympathisant, sondern nur über eine praktische Intelligenz verfügen, um den tieferen Sinn der Feststellung Thomas Manns, dass der Antikommunismus die Grundtorheit des 20.

Jahrhunderts sei, zu erfassen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Für Pfarrer Eckert war dies der Eintritt in die KPD, für Pfarrer Gauck würde es genügen, seinen Antikommunismus zu bereuen. Eckert tat seinen Schritt noch mit dem Risiko, im Zuchthaus oder im KZ zu enden. Joachim Gauck hatte offensichtlich in der DDR nichts zu befürchten. Dass sein Vater von den Russen verschleppt wurde, war aus rechtsstaatlicher Sicht zweifellos ein Vergehen. Aber dass dieser Vater schon vor 1933 der NSDAP beitrug, die Mutter ebenfalls Nationalsozialistin war, sollte schon aus Fairness im Zusammenhang mit der Schilderung der Verhaftung des Vaters von Herrn Gauck erwähnt werden. Ebenso die Verbrechen der Nazis an den slawischen Völkern. Das würde die ungeheuerlichen Verbrechen an den Juden keineswegs relativieren.

Kurz: Der neue Bundespräsident hat nun die große Chance, selbst eine weitere historische Wende herbeizuführen. Er könnte zum Beispiel dafür sorgen, dass Erwin Eckert auch auf höchster Ebene seiner Kirche und des Staates rehabilitiert und systematische die Verteufelung des Kommunismus, was nicht die Rechtfertigung von Verbrechen der kommunistischen Systeme bedeuten würde, beendet wird. Wenn er seinen Antrittsbesuch im kommunistisch regierten kapitalistischen China macht, bietet sich ihm eine einzigartige – eine welthistorische – Möglichkeit, die Tür zu einem friedlicheren neuen Zeitalter aufzustoßen, indem er sich als ein Christ zeigt, der nicht nur die bürgerliche, sondern auch die marxistische Aufklärung als notwendigen Bestandteil der Menschheitsgeschichte anerkennt, der nicht nur die Verbrechen der Kommunisten, sondern auch die der Christen und der Kapitalisten anprangert, weil auch deren Praxis ständig die Ideale ihrer Propheten verriet. So könnte endlich ein friedlicher Wettstreit um die Verwirklichung der besten aller möglichen Welten vorangetrieben werden. Stattdessen planen die kapitalistischen Freiheitskämpfer schon wieder neue Kriege.

In: BIG Business Crime, Vierteljahresschrift Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie, 2/2012.

## **Protestantismus und Antifaschismus vor 1933**

### **Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert**

#### **Von Professor Erich Buchholz**

Die Gegenwart erschließt uns sich nicht, wenn wir die Vergangenheit nicht hinreichend kennen. Diese Lehre gilt ganz besonders für uns Deutsche heute.

Deshalb sind ernst zu nehmende Bücher, wie das hier zu besprechende, über die jüngere deutsche Geschichte – und zwar nicht nur über die Hitlerzeit selbst, sondern auch die vor 1933 und die nach 1945, – dringlich.

Das Buch lebt von seinen zeitgenössischen Dokumenten, von den fast 70 Reden und anderen Äußerungen des Pfarrers Erwin Eckert in den Jahren 1930 und 1931, sodass der Leser sich selbst ein Bild von seiner Gedankenwelt machen kann, dann auch von den offiziellen kirchlichen Verlautbarungen, insbesondere von kirchenrechtlichen Verurteilungen Eckerts in den Jahren 1929 bis 1931 durch kirchliche Dienstgerichte sowie von Äußerungen Sachkundiger, wie Wolfgang Abendroth, Heinz Kappes, Karl Barth u. a., sowie Erklärungen des „Bundes religiöser Sozialisten“.

Der protestantische Pfarrer Erwin Eckert trat – nachdem er 1926 den „Bund religiöser Sozialisten Deutschlands“ mitbegründet hatte, 1931 der Kommunistischen Partei Deutschlands bei.

Wer sich darüber wundert, weiß wenig über das Christentum. Jesus Nazarenus war kein Freund der Reichen und derer, die um das „Goldene Kalb“ tanzten, die den Mammon anbeteten. Er stand mit seiner ganzen Person bei den Armen, Geknechteten Ausgebeuteten, Geschundenen und Geschändeten, bei den Kranken. Alles, was er sagte und tat, war Ausdruck einer tiefen Menschlichkeit.

Die urchristlichen Gemeinden, so in Antiochia, lebten diese Menschlichkeit in ihren Gemeinschaften, in ihren Kommunen, auf ihre urchristliche kommunistische Weise.

Der „Held des Buches“, der protestantische Pfarrer Erwin Eckert, war – im Gegensatz zu manchem kirchlichen Beamten – von Jesus Worten tiefster Menschlichkeit angetan und handelte danach!

Die (offizielle) Kirchengeschichte schweigt sich gewöhnlich – hinter der schlichten Mitteilung solcher Vorgänge wie der Christenverfolgung – darüber aus, was unter welchen Umständen aus diesem urchristlichen, urkommunistischen Denken und Tun wurde – aber auch darüber, warum und wie aus diesem mitmenschlichen urkommunistischen Denken und Tun aufgrund des Ediktes Kaiser Konstantins eine (zunächst nur römische) Staatskirche, ein Herrschaftsinstrument wurde, das

die Menschlichkeit Jesus' verriet. In einem Kriminalroman, verfaßt von dem Nachbarn Eckerts in seinen letzten Jahren, Hans Dölzer, erschienen dieser Tage, heißt es apodiktisch: „Das Christentum hat nur im Kommunismus eine Zukunft“<sup>2</sup>.

Pfarrer Eckert, der seiner Maxime der Menschlichkeit bis zu seinem Lebensende treu blieb, geriet demzufolge in Widerspruch zu „seiner“ (?) Kirche, die ursprünglich mit Martin Luther dem Katholizismus mutig die Stirn geboten hatte. Er lebte in der jüngeren Gegenwart mit ihren unmenschlichen gesellschaftlichen Verhältnissen – und dann dem drohenden Hitlerfaschismus – Jesus, wie er es vermochte.

Der kluge und redegewandte Pfarrer Eckert war den Nazis in besonderem Maße ein Dorn im Auge, weshalb sie ihn nach ihrer „Machtergreifung“ – der „Macht“-Übertragung seitens des „Kapitals und der Reichswehr“<sup>2</sup> – unter dem gängigen „Tatvorwurf“ der „Vorbereitung zum Hochverrat“ hinter Schloss und Riegel brachten.

In einer Zeit, als der Hitlerfaschismus bereits ante portas stand, gab es für die evangelische Kirche kaum etwas wichtigeres, als einen von der Kirchen-Linie abweichenden „verbeamteten“ Pfarrer zu disziplinieren, aus dem Kirchendienst zu entlassen.

Auch ohne tiefer in die „Begründungen“ dieser Maßregeln einsteigen zu können, liegt, besonders für einen Juristen, auf der Hand, dass „man“ sich auf formale kirchenrechtliche Regelungen, auf formelle Verstöße des Abtrünnigen zurückzog. Schon diese Tatsache läßt den Sachkundigen erkennen, dass es sich um *politische* Maßregelungen mit dem üblichen „juristischen“ Schema bei politischen Prozessen handelt!

Gustav Radbruch, der große Verfassungsrechtler der Weimarer Republik schrieb im Zusammenhang mit den kirchlichen Verfolgungen antifaschistischer Pfarrer bereits 1931, daß Redeverbote und Dienstentlassung wegen des Eintritts in eine legale Partei – bei aller Selbstbestimmung der Kirche im einzelnen – im Widerspruch zu Art. 1 der Reichsverfassung stünden, der lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. „Zur staatlichen Willensbildung gehört deshalb nicht nur die Stimmabgabe [...], sondern auch das, was der politischen Überlegung des Einzelnen im Ganzen des Volkes entspricht, der Überzeugungs- und Machtkampf zwischen den politischen Gruppen, der Wahlkampf, das politische Leben überhaupt. *Die Mitglieder irgendeiner Körperschaft im Volke von der Teilnahme am Wahlkampf und dem politischen Leben ausschalten, heißt deshalb die Basis, auf der nach der*

---

2 Siehe dazu Kurt Gossweilers Buch „Kapital, Reichswehr und NSDAP. Zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus 1919 bis 1924“, PapyRossa Verlag, Köln 2012.

*Reichsverfassung die Staatsgewalt ruhen soll, willkürlich schmälern.*“ Man darf gespannt sein, wie ein noch zu erstellendes kirchenrechtliches Gutachten zum „Fall Eckert“ diese Interpretation der damals geltenden Reichsverfassung berücksichtigt.

Übrigens gab es dergleichen auch nach 1990 im Beitrittsgebiet, indem Pfarrer aus politischen Gründen gemäßregelt und entfernt wurden.

Die evangelische Kirche – von der katholischen jener Zeit will ich hier nicht sprechen – geriert sich als „Staatskirche“ – auch wegen der dadurch vom Staat erlangbaren Apanage, also wegen Geldes?!

Augenscheinlich war für die Kirche das politische Wirken linker Kräfte unter den Christen in der SPD wie auch der KPD gefährlicher als das, was Deutschland bevorstand – was Hitler in seinem „Mein Kampf“ ganz offen zur Kenntnis gebracht hatte!

Dieses Bild entspricht meiner persönlichen Erinnerung: Weder Pfarrer noch Religionslehrer – geschweige denn die Kirchen – hatten, auch nur in Ansätzen oder Andeutungen, eine kritische Distanz zum Hitlerfaschismus gezeigt!

Sie haben ihn zumindest toleriert, also mittelbar unterstützt!

Nicht einmal als der Völkermord an den Juden, der Holocaust, unübersehbar wurde, stellten sich die Kirchen als solche zu derart beispiellosen Verbrechen kritisch oder bedenklich. Im Gegenteil: Ich habe noch die Worte im Ohr: „Ihr Juden habt unseren Jesus ans Kreuz geschlagen!“

Spätere Bekundung von kirchlichen Gremien, so auch die zur Rehabilitierung Erwin Eckerts vom 22.4.1999, müssen beschämend wirken.

Dass der aufrechte antifaschistische protestantische Erwin Eckert auch nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus für die Worte Jesu eintrat, aktiv in der KPD und vielen politischen Ämtern wirkte, dass er sich besonders in der Friedensbewegung, so auch im Kampf gegen Atomwaffen engagierte, beweist, dass er seiner Überzeugung treu blieb.

Ausgerechnet im Zuge der von Adenauer inszenierten Kommunisten-Verfolgung wurde ihm – wie von den Nazis – der Prozess gemacht, so im Düsseldorfer Prozess 1959 bis 1960.<sup>3</sup>

Wir Deutsche – in Ost und West – mussten damals eine erschreckende Kontinuität der beiden bedeutsamen Zeitabschnitte deutscher Geschichte, vor und nach 1945, miterleben!

---

3 Siehe dazu Friedrich-Martin Balzer (Hg) „Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der werstdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Papyrossa-Verlag, 2006.

Das von Balzer herausgegebene Buch mit seinen zeitgenössischen Dokumenten gehört zu den wertvollen Dokumentationen, die besser verstehen lassen, was nach 1945 in der Bundesrepublik geschah und auch heute immer wieder neu zu erleben ist: eine Wiederbelebung und demzufolge ein Fortleben faschistischen Gedankenguts und dem gemäßen mörderischen Aktivitäten.

Es macht – wieder einmal – deutlich: Ohne Aufklärung und Debatten über die Vorgänge in den maßgeblichen Zeitabschnitten der jüngeren deutschen Geschichte und deren Ursachen und Hintergründe ist zu befürchten, dass sich die maßgebliche Politik gegenüber Neonazis und den von ihnen begangenen Verbrechen, auch Kapitalverbrechen, auf administrative und sicherheitspolitische Praktiken beschränkt, weil die gebotenen Lehren aus der deutschen Geschichte nach 1945 nicht gezogen wurden und auch heute nicht gezogen werden.

Selbstverständlich ist auch mir gut bekannt, wie viele aufrechte Christen frühzeitig die Verbrechen des Hitler-Faschismus ahnten und erkannten und sich dagegen stemmten, mit schlimmen Konsequenzen bis zur physischen Liquidierung bis ins Jahr 1945.

Bedeutsam ist das Buch auch wegen der Tatsache, dass es nahezu 30 Äußerungen sachkundiger Zeitgenossen zur Drangsalierung und Amtsenthebung des Pfarrers Erwin Eckert vom 3.2.1931 bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts am 18.3.1931 und später zum Urteil des Verwaltungsgerichts vom 18. März bis zum Kirchengericht vom 14.6.1931 enthält.

Darunter befindet sich auch eine Erklärung des Bundes religiöser Sozialisten in Thüringen, eine Erklärung der Bruderschaft sozialistische Theologen Deutschlands und eine Vertrauenskundgebung der Gemeinde des Genossen Pfarrer Eckert.

Äußerungen zur Entwicklung vom Kirchengerichte am 14. Juni bis zur dienstlichen Entlassung am 11.12.1931 bieten u.a. die liberalen Theologen Martin Rade und Rudolf Bultmann, Wolfgang Abendroth als Zeitungskorrespondent und Paul Piechowski und Heinz Kappes als religiös-sozialistische Bundesgenossen.

Nach 1945 erfolgt die Mühlheimer Erklärung vom Oktober 1996 und die Erklärung der Badischen Kirchenleitung zur Rehabilitation des Pfarrers Erwin Eckert am 22 April 1999. Siehe auch die Aussagen von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer auf Seite 11.

Auch übersehe ich nicht das Geleitwort des Badischen Landesbischofs Ulrich Fischer und des Mannheimer Oberbürgermeisters Peter Kurz zu diesem Buche und die vielen echten Antifaschisten christlichen Glaubens, die vor und nach 1933 und 1945 ihre Stimme gegen den Ungeist des Faschismus erhoben, was aber das Verhalten der Kirchen zum Hitler-Faschismus nicht weniger erträglich erscheinen lässt.

# Christ, Sozialdemokrat und Kommunist, Antifaschist

## Von Professor Ludwig Elm

Mit dieser Quellensammlung setzt Friedrich-Martin Balzer, Marburg, seine über vierzigjährigen Untersuchungen und Veröffentlichungen über den Pfarrer, Autor und Politiker Erwin Eckert (1893-1972) fort. Der Untertitel nennt mehr als zwanzig Autoren von Beiträgen der Auswahl, die über hundert Artikel und Dokumente vorwiegend aus den Jahren 1930 und 1931 sowie 21 Abbildungen umfasst. Mit Manfred Weißbecker hatte Balzer bereits Dokumente aus der Publizistik von E. Eckert (und Emil Fuchs) von 1930 bis Anfang 1933 herausgegeben.<sup>1</sup> Auch eine 2010 erschienene Sammlung überwiegend biographischer Aufsätze enthält einiges zu dem außergewöhnlichen evangelischen Pfarrer.<sup>2</sup>

Den Geleitworten und einem Vorwort des Herausgebers folgen fünf Abschnitte: *Das Jahr 1930*; *Das Jahr 1931*; *Die gegen Eckert ergangenen Urteile von 1929 bis 1931 und die Erklärung des Ausschlusses von Eckert aus der SPD vom 2. Oktober 1931*; *Solidarische Stimmen zum „Fall Eckert“* und ein *Ausblick auf das Jahr 1933*. Der Anhang umfasst Dokumente von 1996 bis 1999, Kurzbiographien der Autoren, Literaturhinweise und einen Personenindex.

Zum biographischen Kontext: In Zaisenhausen (Baden) geboren, studierte Eckert Theologie und Philosophie, wurde 1912 Mitglied der SPD und war 1914 Kriegsfreiwilliger. Ab 1919 ist er als Vikar in Pforzheim tätig, 1922 Pfarrer in Meersburg (Bodensee) und seit 1927 in Mannheim. 1926 Mitbegründer des „Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands“ und 1926 bis 1931 dessen geschäftsführender Bundesvorsitzender. Konflikte des kämpferischen Nazigegners und Sozialisten mit der SPD führten zum Parteiausschluss (2. 10. 1931). Am 3. Oktober 1931 trat Eckert der KPD bei. Nach mehreren Disziplinarverfahren und Amtsenthebung wurde er am 11. Dezember 1931 unter Verlust aller Pensionsansprüche aus dem Kirchendienst entlassen. Von März bis Oktober 1933 war er inhaftiert, 1936 zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilt und anschließend unter Polizeiaufsicht gestellt.

Nach der Befreiung vom Faschismus war Eckert Vorsitzender der KPD Baden (1946-1950), Staatsrat der provisorischen Regierung Badens und Vizepräsident der Verfassungsgebenden Versammlung Badens, Staatskommissar für Wiederaufbau im ersten badischen Allparteienkabinett sowie Mitglied des Landtages von 1947 bis

---

1 Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weissbecker, Pahl-Rugenstein, Bonn 2002, 646 S.

2 Friedrich-Martin Balzer: „Prüfet alles, das Gute behaltet“, Pahl-Rugenstein, Bonn 2010, 428 S.

zum Verbot der KPD 1956. Als Kommunist und Gegner von Restauration und Wiederaufrüstung stand er 1959/60 in Düsseldorf erneut vor Gericht und wurde zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

In seinem Geleitwort würdigt der badische Landesbischof Ulrich Fischer Eckert als einen „der wenigen badischen Pfarrer, die die Gefahr des immer weiter um sich greifenden Nationalsozialismus erkannten und sich vehement gegen diese politische und 'völkische' Kraft stellten.“ Man müsse konstatieren, „dass auch die badische Kirchenleitung auf dem rechten Auge blind war, wenn sie die Agitation evangelischer Nationalsozialisten gewähren ließ, während sie andererseits mit aller Strenge und Wucht gegen Eckert vorging“. (S. 13) Im Gegensatz zu den ehemals nationalsozialistischen Pfarrern sei nach 1945 keine Rehabilitierung Eckerts erfolgt. Sie wurde erst 1999 von der badischen Landeskirche ausgesprochen.

Der Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz begrüßt das Erscheinen dieses Buches, mit dem „eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Mannheimer Arbeiterbewegung betrachtet“ werde. Die Zeitumstände hätten dazu geführt, „dass die harsche Kritik des bekennenden Sozialisten Eckert an der zögerlichen, in mancher Hinsicht gar die Parteibasis zutiefst verstörenden Politik der sozialdemokratischen Parteiführung – vor allem in der Panzerkreuzerfrage – statt eines Dialogs oder einer produktiv geführten Debatte mit dem Parteiausschluss beantwortet wurde.“ (S. 14f.) Kurz erinnert daran, dass Eckert bei der Kandidatur für das Amt des Mannheimer Oberbürgermeisters 1949 34,7% der abgegebenen Stimmen erhielt und damit den Wähleranteil der KPD gegenüber der Stadtratswahl von 1947 fast verdoppelte.

Im Vorwort des Herausgebers (S. 17-20) werden Gesichtspunkte der Auswahl der Dokumente sowie ihre spezifische Bedeutung für den Weg des deutschen Protestantismus in die NS-Diktatur genannt. „Eckerts Schritt, als erster amtierender Pfarrer in die KPD einzutreten und dort ohne Aufgabe des Berufes als Pfarrer Aufnahme zu finden, wurde im In- und Ausland als Sensation empfunden und löste deutschlandweit große Aufmerksamkeit aus.“ (S. 19) Balzer dankt dem Enkelsohn Klaus Martin Eckert für die Zustimmung zur Veröffentlichung sowie der Badischen Landeskirche, dem Oberbürgermeister von Mannheim und den Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau, Kurhessen Waldeck und der Pfalz für Druckkostenzuschüsse. Er nennt das Glück, vermittelt von Wolfgang Abendroth, „Erwin Eckert in den letzten sechs Jahren seines Lebens über viele Wochen aus allernächster Nähe persönlich erleben zu dürfen.“ (S. 19)

In dem Essay „Der Kirchen- und Volkstribun Erwin Eckert im Badischen Kirchenkonflikt“ (S. 21-47) skizziert der Herausgeber die Herkunft und den Lebensweg Eckerts, darunter Studium und Kriegsteilnahme 1914-1918 sowie die Parteinahme gegen Krieg und Militarismus, für soziale Gerechtigkeit und Sozialismus seit 1919. Es werden die „Bewegung der religiösen Sozialisten“, das Wirken

als „Christ und Sozialist in der Republik von Weimar“ und die sich ab 1929 verschärfenden Konflikte mit der badischen Kirchenleitung beschrieben sowie Zeugnisse von Zeitgenossen über ihn zitiert. Eine Anekdote: Um 1949 nahm der Außenpolitische Ausschuss des Repräsentantenhauses der USA Eckert in eine Liste von 506 nicht-russischen kommunistischen Revolutionären der Welt auf, was er als „unverdiente Ehre“ bezeichnete.

Der Abschnitt *Das Jahr 1930* (S. 48-163) umfasst 33 Artikel und Reden von Eckert, überwiegend aus dem *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*, dessen Schriftleiter er war. In der Vorbemerkung werden als hauptsächliche Ereignisse jenes Jahres der Deutsche Evangelische Kirchentag vom 24. bis 30. Juni in Augsburg und Nürnberg, der 5. Kongress des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands Anfang August in Stuttgart sowie die Reichstagswahlen am 14. September genannt. Es sind Reden und Aufsätze zum Anliegen des Bundes, für eine andere, demokratisch-soziale Kirchenpolitik und für republikanische Werte: „Bei der Fürstenenteignung hat die Kirche sich vor die Fürsten gestellt, damit das heilige Eigentum nicht angefasst wird, auch das der Kirche nicht, hat verboten, dass wir – meine Freunde und ich – gegen die Fürsten auftreten, hat uns den Urlaub gesperrt; wenn wir es tun, fliegen wir heraus. Wir haben es getan, sind aber nicht herausgeflogen.“ (S. 68)

Angesichts der damaligen Kampagnen gegen „Christenverfolgungen“ in der Sowjetunion bestritt Eckert nicht, dass es dort Ausschreitungen und Willkür gäbe, die er auch verurteile. Er wandte sich dagegen, dass historisch-politische, soziale und kulturelle Ursachen dieser Spannungen völlig ignoriert sowie die Anklagen unzulässig pauschalisiert werden. Die gleichzeitigen Exzesse der kapitalistischen Ordnung und die Segnung des Faschismus durch Kirchen lasse die lautstarken Anklagen unglaubwürdig werden. Eckert setzte sich wiederholt souverän mit dem Verhältnis der „in der kämpferischen Front des Proletariats“ stehenden religiösen Sozialisten zu Marx und dem Marxismus auseinander.

Auf dem Evangelischen Kirchentag erstritt er sich das Rederecht und rief Protest hervor: „Ich hatte kaum begonnen, als schon erregte Zwischenrufe gemacht wurden, die sich zum Toben steigerten, als ich um der Wahrheit willen auch von der Schuld unserer Kirche und unseres Heeres im Weltkrieg sprach. 'Schluss', 'herunter', 'Unerhört', 'Frechheit', 'Verrat', 'Wir verlassen den Saal', 'Schande', 'Verlogen', 'Lüge', 'Schluss'. Das waren die sachlichsten der Zwischenrufe.“ (S. 93) Unermüdlich forderte er ein eindeutiges antifaschistisches Engagement der Kirchen. Er prangerte an, dass kirchliche Einrichtungen von nazistischen und rechtskonservativ-völkischen Gruppen genutzt werden und die Umtriebe nationalsozialistischer Pfarrer unbehelligt blieben oder gar begünstigt würden. „*Die evangelische Kirche, d. h. viele evangelische Pfarrer geraten immer mehr in Gefahr, das Evangelium an den Nationalismus zu verraten. Von den immer wiederkehrenden pfarrherrlichen Lobeshymnen auf die National'Sozialisten' in der 'evangelischen Tages-*

zeitung Deutschlands', dem 'Reichsboten', haben wir in einer der letzten Nummern einiges abgedruckt.“ (S. 150)

Im Abschnitt *Das Jahr 1931* (S. 164-285) finden sich 31 Beiträge von Eckert und zwei weitere Dokumente. Er setzt seine nahezu aussichtslos erscheinende, leidenschaftliche Kritik an dem sich in evangelischen Kreisen ausbreitenden faschistischen Ungeist und gegen die „Judenhetze“ der Nazis fort. Er streitet für Frieden und Völkerversöhnung, gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen und wehrt sich gegen ein Redeverbot (das er nicht befolgt) sowie seine kirchliche Amtsenthebung. Vor dem Dienstgericht in Karlsruhe erklärte er am 14. Juni 1931: „Um der Kirche willen, um unseres Volkes willen, um der Not der Massen willen musste ich, mussten wir die Nationalsozialisten bekämpfen, und ich werde das auch weiterhin tun.“ (S. 230) Am 4. Oktober, zwei Tage nach dem Ausschluss aus der SPD, teilte er seiner Frau Elisabeth den Beitritt zur KPD mit: „Man hat mir ausdrücklich zugestanden, dass ich weder meine Weltanschauung noch mein Amt aufgeben soll. Trägt mich die KPD als Pfarrer, muss mich auch die Kirche als Kommunisten tragen.“ (S. 246) Letzteres erwies sich bald als eine zu optimistische Erwartung. In einem an die Bezirksleitung Baden-Pfalz der KPD übergebenen Bekenntnis legte Eckert seine politischen Erfahrungen und Entscheidungsgründe dar. (S. 247-251) Darüber sprach er an den folgenden Tagen auch auf Großkundgebungen. Unter sozialdemokratischen Einfluss stehend setzte sich nunmehr auch der Bund der Religiösen Sozialisten von ihm ab.

*Die gegen Eckert ergangenen Urteile vom Juni 1929 bis Dezember 1931 und die Erklärung des Ausschlusses von Eckert aus der SPD vom 2. Oktober 1931* umfassen die Seiten 286-363. Einleitend wird bemerkt, dass Eckert innerhalb von 30 Monaten vier Mal vor Kirchlichen Dienstgerichten stand. Die Verfolgung mündete im Dezember 1931 in seine Entlassung aus dem Kirchendienst, die laut Balzer „ein höchst politischer Vorgang“ war und „ein unrühmliches Kapitel der Kirchenjustiz im Jahre 1931“ darstellt. (S. 287) An herausragender Stelle und geradezu vorwurfsvoll hieß es im Urteil gegen Pfarrer Eckert vom 18. März 1931: „In der letzten Zeit richtet er seine agitatorische Tätigkeit hauptsächlich gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. So hat er am 17. Dezember 1930 in einer Versammlung der SPD in Neustadt a. H. über das Thema 'die große Lüge des Nationalsozialismus'“ gesprochen.“ (S. 301) Die Störung der Versammlung durch Nazis nahm der badische Oberkirchenrat zum Anlass, Eckert die Teilnahme an einer weiteren von der SPD geplanten antifaschistischen Versammlung zu verbieten, was dieser zurückwies. Das Urteil vom 14. Juni 1931 stufte sein Dienstalter um sechs Jahre herab und setzte die pronazistischen Vorwürfe fort: „Mit besonderer Schärfe wandte er sich gegen die Amtsbrüder, die sich dem Nationalsozialismus angeschlossen hatten und bei Ausübung ihres kirchlichen Amtes ihre politische Einstellung betätigten und zur Auswirkung brachten.“ Der Angeklagte trete in und außerhalb von Baden auch

„in Versammlungen von Parteien und Gruppen auf, die sich als Gegner des Nationalsozialismus bekannten“. (S. 328)

Der vierte Abschnitt (S. 365-491) dokumentiert *Solidarische Stimmen zum „Fall Eckert“*. Das sind 29 Texte – überwiegend Artikel und Stellungnahmen Einzelner, einige von Organisationen oder Gremien. Sie reichen vom Februar 1931 bis April 1933 und darunter sind Karl Barth, Rudolf Bultmann, Emil Fuchs, Heinz Kappes und Ernst Lehmann. Bemerkenswert sind objektive Beiträge des jungen Justizreferendars Wolfgang Abendroth in der *Kölnischen* und der *Frankfurter Zeitung*. Im *Vorwärts* vom 1. April 1931 nannte es Hans Francke „sehr befremdlich, dass von den evangelischen Kirchenregierungen der verschiedenen Länder in Deutschland keine einzige die Entschlusskraft fand, vom Nationalsozialismus ebenso entschieden abzurücken, wie das die Mehrzahl der katholischen Bischöfe getan hat.“ Der „mutige Vorkämpfer des religiösen Sozialismus“, E. Eckert, habe sich den Kampf gegen den Faschismus nicht verbieten lassen, sondern zu seiner „Pflicht als Pfarrer und Sozialdemokrat“ erklärt. (S. 396f.) Vom Strafverteidiger Eckerts, Eduard Dietz, finden sich die Freisprechungsanträge vom 13. Juni und 3. Dezember 1931. Theodor von Waechter erinnerte in einem Brief an den Evangelischen Oberkirchenrat Badens vom 24. November 1931 daran, dass ihm, der als Predigtamtskandidat 1893 der SPD beitrug, das Königlich Württembergische Konsistorium mitgeteilt hatte, dass die Mitgliedschaft in der SPD mit dem Kirchdienst nicht vereinbar sei.

Das 2002 i. A. der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* erwähnt unter *Bund der Religiösen Sozialisten* Eckert als Vorsitzenden und Schriftleiter der Jahre 1926-1931 sowie seine Parteimitgliedschaften. Seine selbstlose soziale und antifaschistische Hingabe und die Anfeindung seitens der mehrheitlich völkisch und nazistisch orientierten Kreise der evangelischen Kirche bleiben unerwähnt. Letztere waren nicht nur Vorläufer der Unionsparteien, sondern auch Teil ihrer zuverlässig antikommunistischen Basis beim vermeintlichen Neubeginn nach 1945. Dass die Verfasser Meersburg mit Merseburg verwechseln, ist wohl Symptom flüchtiger Erledigung eines von ihnen ohnehin als nebensächlich angesehenen Gegenstands.

Dem Herausgeber ist zuzustimmen, dass spätestens mit der Entlassung Erwin Eckerts Ende 1931 sein Fall zu einem des deutschen Protestantismus wurde. Es sei ergänzt: Und ein Fall der sich als christlich betrachtenden Mehrheit der Oberschichten sowie des Klein- und Mittelbürgertums im Deutschen Reich. Im *Ausblick auf das Jahr 1933* wird der folgende Siegeszug des Nazismus innerhalb der Badischen Landeskirche belegt. Das schloss auch die Mitgliedschaft von Geistlichen in NSDAP, SA und SS ein. Die Folgen seien bekannt, bemerkt Friedrich-Martin Balzer abschließend: „Mit Blick auf die 'Täter' sind viele Fragen der Opfer der Kirchenjustiz und Kollaboration mit dem Faschismus an Theologie, Kirche und

Gesellschaft nach 1945 hierzulande bis auf den heutigen Tag unbeantwortet geblieben oder wurden gar nicht erst gestellt.“ (S. 496) Mit seiner Dokumentensammlung und den zahlreichen früheren Beiträgen hat er Hervorragendes für die unumgängliche weitere Aufklärung und für Lernprozesse geleistet. Es sollte zum Gemeingut weltlicher und konfessioneller Bildung in diesem Land werden.

In: Marxistische Blätter, 4/2012, S. 125-128

## **Protestantismus und Antifaschismus vor 1933**

### **Gottes Gebote und die Revolution**

#### **Von Kurt Pätzold**

Ein Kommunist gegen den Einheitskandidaten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. 1949 kandidierte Erwin Eckert im damals zur französischen Besatzungszone gehörenden Mannheim für das Wahlamt des Oberbürgermeisters der Stadt. Eine Christin fragte ihn, wie denn das zusammenpasse, 1931 Pfarrer gewesen und Mitglied der Kommunistischen Partei geworden zu sein. Sie erhielt zur Antwort, das sei möglich, weil die Kommunisten den Christen den Himmel nicht nehmen wollten. (Da waren freilich viele Mitglieder dieser Partei noch nicht auf dem Wege angekommen, der zu dieser von Toleranz geprägten Haltung führte.)

Der Mann, der damals übrigens 35 Prozent der Mannheimer Wählerstimmen erhielt, der mit allen seinen Kräften das Aufkommen und den Sieg gegen den Faschismus hatte verhindern wollen und dann mehrfach in Gefängnissen dieses „Dritten Reiches“ gefangen saß, ist heute weithin vergessen. Das konstatiert Friedrich-Martin Balzer in der Einleitung zu einem Dokumentenband. Der Marburger Pädagoge und Historiker hat in jungen Jahren Eckert noch kennen gelernt. Und dieser wurde der „Held“ seiner 1972 – im Sterbejahr Eckerts – vorgelegten Dissertation und fortan Objekt forschender Beschäftigung. Das vorliegende Buch ist eine Frucht dessen.

Wem der Name Erwin Eckert nichts oder wenig sagt, sollte mit dem Lesen auf Seite 508 und der dort nahezu im Telegrammstil gegebenen Biographie beginnen und dann zu einem Text übergehen, der einen gedrängten Einblick in dessen Sicht auf Gesellschaft und Staat, Volk und Kirche gibt. Dabei handelt es sich um eine Mitschrift, die ohne Wissen des Redners angefertigt worden war. Eckert hatte am 9. Februar 1930, mithin noch in den letzten Tagen der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung und am Beginn der Großen Krise, in Detmold einen öffentlichen Vortrag gehalten hatte. Dessen Kern bestand in der These, dass Christ zu sein verlange, ein Revolutionär zu sein, der sich für die Veränderung der Gesellschaft in einer Weise einsetze, dass Menschen überhaupt erst nach Gottes Geboten und Jesu Vorbild leben könnten. Das eben mache ihnen die gegenwärtige Gesellschaft mit der Konfrontation von Bourgeoisie und Proletariat, mit Ausbeutung und Konkurrenz unmöglich. Bevor dieser Wandel geschaffen, die Menschen ernährt, behaust, von Ängsten befreit seien, werde man mit ihnen auch über die letzten Fragen des Lebens und Sterbens nicht ins Gespräch kommen. Pfarrer müssten in diesem Sinne Revolutionäre, „Vertrauensleute des Volkes“ sein und nicht des Staates und der sozialen Oberschichten, notierte der Autor der geheimen Mitschrift.

Versammelt sind in dem nach allen Regeln, die für eine akribische Edition vorgeschrieben sind, mehr als 90 Dokumente, in der Hauptsache Publikationen Eckerts aus den Jahren 1930 bis 1933, sodann Bekundungen der Solidarität mit dem 1931 aus der Sozialdemokratischen Partei und vom Kirchendienst ausgeschlossenen Manne.

Den Abschluss bildet die Erklärung der badischen Kirchenleitung aus dem Jahre 1999 zur Rehabilitation Erwin Eckerts. Dass es dahin kam und dem Band Geleitworte des badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters vorangestellt sind, daran kann sich Balzer auch ein – und kein geringes Verdienst zuschreiben.

In: Neues Deutschland vom 9. Oktober 2012

## **Erwin Eckert – ein Leben im Widerstand gegen den Faschismus**

### **Von Reinhard Gaede**

GOTTES EIGENTLICHER NAME. DER GESCHMÄHTE HA MPHORAS. DEN DIE JUDEN VOR DEN CHRISTEN FAST UNSAGBAR HEILIG HIELTEN. STARB IN SECHS MILLIONEN JUDEN. UNTER EINEM KREUZESZEICHEN.“ So lautet das Mahnmal von W. Schmiedel 1968 unterhalb der so genannten „Judensau“ an der Stadtkirche St. Marien in der Lutherstadt Wittenberg. Das ist unser erster Rückblick auf Antisemitismus und den Massenmord an den Juden.

Der zweite: Wer einmal einen Soldatenfriedhof besucht und auf die unendlich scheinenden Reihen der Grab-Kreuze geschaut hat, fragt sich doch unwillkürlich: Gab es denn keinen rechtzeitigen Widerstand gegen Nazis, die später den Weltkrieg mit 55-60 Millionen Toten auslösten?

Und wo waren die Christen? Die Evangelische Kirche von Westfalen schrieb 2004 in ihrer Broschüre für die Gemeinden „Unsere Geschichte. Unser Selbstverständnis“: „Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten bildete sich die Kirchenpartei der ‚Deutschen Christen‘, die der nationalsozialistischen Ideologie organisiert Eingang in die Kirche verschaffte. Der Widerstand dagegen formierte sich als ‚Bekennende Kirche‘. Vom ‚Kirchenkampf‘ war viele Jahre die Rede. Der Begriff über diese Epoche verführt aber zu dem falschen Eindruck, als hätte die ganze Kirche Widerstand geleistet. Die viel gerühmte oppositionelle ‚Bekennende Kirche‘ hatte als Minderheit nur das Ziel, eine Einmischung der Nazis in Glauben und Kirchenverfassung abzuwehren und so totalitären Ansprüchen zu widerstehen. Ein politischer Widerstand war damit – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht beabsichtigt. Als Delegierter der westfälischen Landessynode hatte ich den Antrag gestellt, die Synode möge in ihrer Broschüre doch wenigstens in einem Satz des Widerstandes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten vor 1933 gedenken. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und das, obwohl zwei Jahre zuvor das Buch von Ulrich Peter „Christuskreuz und rote Fahne“ über die religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe erschienen war, zu dessen Herausgebern der Kirchenhistoriker gehörte, der meinem Antrag auf Würdigung des BRSD widersprach. Auch heute noch gedenken Synoden und Presbyterien nur selten der tapferen Männer und Frauen aus den Reihen der „religiösen Sozialisten“ die schon in der Weimarer Zeit von Anfang an den Nazis entgegentraten. Und in der SPD sieht es oft nicht besser aus.

Gegen Vergessen und Verschweigen hilft nun der Quellenband von Friedrich-Martin Balzer „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert.“ Der Band enthält mehr als 100 Quellen und Dokumente. Das Buch in rotem Schutzumschlag ist geschmückt mit einer Kopie von „Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ (SAV), Nr. 26 vom 26. Juni 1932

mit dem Titel „Der Protestantismus am Scheideweg. Was soll nun gelten? Das Heil in Jesus Christus?“ – gezeichnetes Symbol Kreuz – oder „Heil Hitler?“ – gezeichnetes Symbol Hakenkreuz. 21 Abbildungen enthält der Band. Die Innenseite des Umschlags enthält neben Erwin Eckerts Bild den Lebenslauf:

In Zaisenhausen (Baden) am 16.6.1893 geboren, studierte E. Eckert Theologie und Philosophie, wurde 1912 Mitglied der SPD und war 1914 Kriegsfreiwilliger. Ab 1919 ist er als Vikar in Pforzheim tätig, 1922 Pfarrer in Meersburg (Bodensee) und seit 1927 in Mannheim. 1926 Mitbegründer des „Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands“ und 1926 bis 1931 dessen geschäftsführender Bundesvorsitzender. Er wird erfolgreichster Redner gegen den Faschismus in Süddeutschland und Wortführer der Linken in der SPD („Klassenkampf-Gruppe“). Konflikte des kämpferischen Antifaschisten und Sozialisten mit der SPD führten zum Parteiausschluss (2.10.1931). Am 3. Oktober 1931 trat Eckert der KPD bei. Nach mehreren Disziplinarverfahren und Amtsenthebung wurde er am 11. Dezember 1931 unter Verlust aller Pensionsansprüche aus dem Kirchendienst entlassen. Von März bis Oktober 1933 war er inhaftiert, 1936 zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt und anschließend unter Polizeiaufsicht gestellt. Nach der Befreiung vom Faschismus war Eckert Vorsitzender der KPD Baden (1946-1950), Staatsrat der provisorischen Regierung Badens und Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung Badens, Staatskommissar für Wiederaufbau im ersten badischen Allparteienkabinett sowie Mitglied des Landtages von 1947 bis zum Verbot der KPD 1956. Er war Mitglied des Weltfriedensrates von 1950-1962. Als Kommunist und Gegner von Restauration und Wiederaufrüstung stand er 1959/60 in Düsseldorf erneut vor Gericht und wurde zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Er starb am 20.12.1972 in Mannheim. Über seiner Todesanzeige stand sein Wahlspruch: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben.“

Die Biographie des Herausgebers ist geprägt von seinen Studien über das Leben von Erwin Eckert. Vielen unserer Leser(innen) sind diese Bücher bekannt, die der BRSD ausgelegt bzw. in CuS rezensiert hatte: Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, Köln 1973, 3. Aufl., Bonn 1993; mit Karl Ulrich Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Köln 1987, 2. Aufl., Bonn 1993; Miscellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. „Gegen den Strom“, Marburg 1990; Prüfet alles, das Gute behaltet. Auf Spurensuche, Bonn 2010, 2. Aufl. 2011.

Den Studien folgen nun die Quellen. 33 zum Jahr 1930, 33 zum Jahr 1931. Das dritte Kapitel enthält die Urteile der kirchlichen Gerichte gegen E. Eckert sowie die Bekanntgabe des Ausschlusses aus der SPD in der Mannheimer Presse. Das vierte Kapitel sammelt die solidarischen Stimmen zum Fall Eckert. Das kurze fünfte

enthält den „Hirtenbrief“ bzw. NS-Jubelbrief des Landesbischofs Kühlewein. Alle Kapitel werden durch Geleitworte zur Zeitgeschichte und zum Inhalt der Dokumente eingeleitet. Ein Anhang dokumentiert Forderungen und Erklärungen zur Rehabilitation Erwin Eckerts nach 1996. Seine Würdigung erstreben auch die Geleitworte des badischen Landesbischofs Ulrich Fischer und des Oberbürgermeisters von Mannheim Dr. Peter Kurz. Den Druck gefördert haben die Badische Landeskirche, die Stadt Mannheim, die Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck und der Pfalz.

Zwei Quellen waren noch nicht veröffentlicht: Der Rundfunkbeitrag vom 28.7.1930, mit freundlicher Erlaubnis des Herausgebers gedruckt auch in CuS 2-3/2011 und eine heimlich von der Lippischen Landeskirche stenographierte Rede vom 9. Februar 1930 in Detmold. Klaus Martin Eckert gab die Genehmigung zur Veröffentlichung der gesammelten Schriften seines Großvaters und Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski gab die Genehmigung zur Veröffentlichung des Briefes seines Großvaters Emil Fuchs.

### ***Nächstenliebe und Sozialismus – die Anfänge***

In seinem Lebenslauf für den Oberkirchenrat hat E. Eckert über seine Einstellung als Theologiestudent geschrieben: „Wenn ich sah, dass die aufgeklärte, gebildete Jugend über Gott spottete oder gleichgültig erhaben witzelte, tat mir das Herz weh; wenn ich sah, wie die Reichen und Einflussreichen sich auf ihre Ersatzkulte, ihre Ästhetik und Lebenskunst so viel zu gute hielten, sagte ich ihnen im Stillen den Kampf an, und wenn ich sah, wie die arbeitslose nachahmende Masse immer weiter weg von ihrer Menschenursprünglichkeit und ihrem Recht auf Gottes Kindschaft gerissen wurde durch materialistische Wirtschafts-, Staats- und Weltauffassung, dann wollte ich ihnen helfen, den Elenden, Armen, die Gott brauchen und ihn nicht ahnen können, Gott predigen, den Kranken, Verkommenen und unter der Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Lebens Seufzenden den Heiland Jesus Christus.“ (23) 1920 gründete E. Eckert in Pforzheim mit anderen den „Bund evangelischer Proletarier“, der noch im gleichen Jahr als „Bund evangelischer Sozialisten“ umbenannt wurde. Über gewählte Abgeordnete Einfluss auf das Leben der Landeskirche zu üben, war das Ziel. 1922 verschmolz dieser Bund mit dem Volkskirchenbund zum „Volkskirchenbund christlicher Sozialisten“, Organ „Christliches Volksblatt“. In Meersburg erreichte E. Eckert den Zusammenschluss der religiös-sozialistischen Gruppen zur „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands“. Auf einer Arbeitstagung in Berlin 14./15. November 1925 wurde er zum Wortführer der süddeutschen Gruppen gewählt; ab 1. Januar 1926 übernahm er bis zu seinem Eintritt in die KPD am 3. Oktober 1931 die Schriftleitung des *Sonntagsblatts des arbeitenden Volkes*, das ab 1931 unter dem Titel „*Der Religiöse Sozialist*“ erschien. (Siehe das Publikationsverzeichnis von Eckert mit mehr als 300 Titeln in Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), „Ärgernis und Zeichen.

Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 378-385) Auf dem 2. Meersburger Kongress am 4. und 5. August 1926 konstituierte sich der „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“. Neben Emil Fuchs und Bernhard Göring gehörte Erwin Eckert zum geschäftsführenden Bundesvorstand, ab 1927 leitend, ab August 1930 als Erster Bundesvorsitzender. Auf dem 4. Bundeskongress in Mannheim (1928) wurden Richtlinien angenommen, in denen es hieß: „Die religiösen Sozialisten kämpfen in bewusster Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat um die sozialistische Neuordnung. ...Die besondere Aufgabe der religiösen Sozialisten ist es, die Kräfte des Evangeliums für das Leben der einzelnen Menschen und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wirksam zu machen. Sie führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die anti-sozialistische Grundlage und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften.“ (27, 28). In der Broschüre „Was wollen die religiösen Sozialisten“ schrieb E. Eckert 1927: „Christ sein heißt, vorwärts getrieben sein zur Hilfe und Liebe den andern Menschen gegenüber. Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben und deinen Nächsten wie dich selbst, drin liegt praktisch die ganze Religion Jesu Christi.“ (29)

### ***Für den Frieden***

Das Schlüsselerlebnis war das Grauen des Krieges, dass es „der Geist Kains“ war, „der den Bruder erschlug; kapitalistische Wirtschaftsordnung und die daraus resultierende Staatsraison aller Länder Europas haben ihn genährt.“ (29)

In Detmold zitiert E. Eckert einen Vater, der seinem Sohn schreibt. „Es gibt keinen Gott, sonst hätte er uns diesen Krieg nicht verlieren lassen.“ Nächstenliebe war im Krieg so „umgemodelt“: „Du sollst deinen Bruder lieben und deinem Vetter den Schädel einschlagen.“ (63)

Die Botschaft vom Frieden bestimmte auch noch seine seelsorgerlichen Predigten später: „Die Toten, die wir in unserem Herzen tragen, rufen uns zu: Sorgt ihr dafür, daß wir nicht umsonst gestorben sind, erkennt an diesem furchtbaren Opfer, das durch uns gebracht werden mußte, daß ihr anders werden müsst? (...) Die Gefallenen sind dahingesunken, trotz der heißen Gebete, trotz der Flehen der Mütter die Söhne, trotz der Bitten der Frauen die Männer, weil sie weiterbringen sollten die Erkenntnis der Menschheit, ein Opfer sein mußten für uns... Wollte Gott, daß das Opfer der Millionen nicht umsonst sei, daß wir aus ihrem Sterben eine neue Art zu leben gewinnen, neue Erkenntnis von den Aufgaben der Völker und Nationen untereinander. Nicht zur Vernichtung untereinander sind alle Völker da, sondern zum Dienst füreinander, zur Hilfe, zur brüderlichen Gemeinschaft. Wenn sie aber als Opfer für uns gefallen sind, auf daß wir leben, dann, wenn sie sterben mußten um unser aller Sünde willen, um unser aller Mordlust willen, dann sind sie jenseits aller Schuld gestorben, sind sie gestorben, wie die Saat sterben

muß, um der Frucht willen, sind sie eingekehrt in die Heimat allen Lebens, ins Licht, zu Gott, dem Vater allen Lebens. (Die Predigten sozialistischer Geistlicher, Schriften der religiösen Sozialisten 4, Karlsruhe (1927), S. 73-79 (Nachdruck Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert a.a.O., S. 28-32) Dagegen hat die Kriegspredigt dazu beigetragen, dass der Glaube an Gott zusammenbrach, als der Krieg verloren ging.

1928 beteiligte er sich intensiv zusammen mit dem BRSD an der Kampagne zur Verhinderung des Baus der Panzerkreuzer, um „mit allen entschiedenen Sozialisten und Kommunisten den Volksentscheid“ zu fordern. (32) Dabei musste er zusammen mit der linken Opposition – neun Reichstagsabgeordnete der SPD brachen den Fraktionszwang – der Politik des Tolerierens im Partei-Vorstand der SPD entgegen treten. Er beschuldigte die SPD, „die große verantwortliche Arbeiterpartei“, dass sie die großartige Gelegenheit versäumt habe, „das Volk aufzurütteln, aufzureißen aus seiner Gleichgültigkeit, eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen.“(32) (vgl. auch Reinhard Gaede: Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit, Hamburg-Bergstedt 1975, S. 85-87)

### ***Gegen den Kapitalismus***

„Lieblos“ ist diese Wirtschaftsordnung, die gar keine Ordnung ist, sondern eine „Anarchie“ „Einer sucht den andern zu vernichten, und die Mächtigen, die üben Gewalt aus.“ (62) In Detmold erzählt E. Eckert von zwei Brüdern, die je eine Ziegelei betreiben. Erst haben sie sich lieb wie in ihrer Jugendzeit. Dann aber stockt bei einem der Absatz. Maschinen und Material sind teuer. Trotzdem muss er billiger produzieren und bezahlt deshalb seine Leute schlechter, unterbietet so die Konkurrenten. Sein Bruder erfährt's, ist nun benachteiligt. Die brüderliche Gemeinschaft ist zerrissen. „Reklame, Konkurrenz, Unterbietung, alle diese Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wirtschaftsordnung, all das, Konzentration der gewaltigen Betriebe, die die kleinen vernichten, müssen dem Mittelstand den Garaus machen.“ (64) Maßstab des Urteils ist für Christen aber das Reich Gottes. „Unser ganzes gesellschaftliches Leben, gemessen an der Forderung vom Reich Gottes, ist ein Schwindel.“ (65)

### ***Marxismus als Methode***

Für die Linie des BRSD wurde zunächst die Position von Erwin Eckert (1893-1972) maßgeblich. In seinem Artikel „Sind wir Marxisten?“ (Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1930, 3, S. 163-168, im Quellenband S. 85-90) lehnt er es ab, Marxismus als Summe aller Auffassungen von Karl Marx zu sehen. Vielmehr soll der Marxismus als „Methode“ verstanden werden, die Gesellschaft zu betrachten. Darin stimmte er ausdrücklich Nikolai Iwanowitsch Bucharin zu, der acht Jahre später ein Opfer des Stalinismus wurde. Marxismus als Methode soll auch auf Karl

Marx selbst angewandt werden, um seine Äußerungen gegen die Religion einzuordnen:

„Die praktische Haltung der soziologisch feudal gebundenen Kirche wird von ihm als durch und durch reaktionär erlebt, so daß es nur zu verständlich ist, wenn er in dem von ihr verwalteten Gut, der Religion, eine reaktionäre Kraft sah.“ (ebd., S. 87) – Zwei Punkte sieht Eckert als wesentlich an für eine Zustimmung zum Marxismus, Marxist nennen kann man sich, 1. wenn man „aus der dialektischen Entwicklungsgesetzlichkeit auch der heutigen Wirtschaft den Weg ... zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung zu zeigen bestrebt ist; 2. wenn man sich nicht auf die ‚sittliche‘ Einsicht der herrschenden Schichten verlässt, sondern hierin K. Marx recht gibt: ‚Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.‘“ (ebd., S. 90, vgl. auch Reinhard Gaede: Religiöser Sozialismus und Marxismus, CuS 2/1986, auch auf der Homepage [www.BRSD.de](http://www.BRSD.de))

### ***Verteidigung der UDSSR***

Um die Jahreswende 1930 während der Weltwirtschaftskrise griffen kirchliche Kreise im In- und Ausland die Sowjetunion an und beschuldigten die Kommunisten dort der Christenverfolgung. In seiner Rede zur Russlandkundgebung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag am 28. Juni 1930 bestritt er eine von der Regierung inszenierte Verfolgung, sah aber auch dort eine Leidenszeit der Christen, die kulturelle, politische und wirtschaftliche Gründe habe. Die russisch-orthodoxe Kirche war „willenloses Werkzeug des Zarismus“. (96)

Es könnte auch sein, dass „Gott den ‚Bolschewismus‘ nicht vernichtet, sondern die faul gewordene Form der orthodoxen Kirche zerschlägt und ein ganz Neues baut.“ Den Schluss seiner Rede konnte er wegen der Empörung seiner Zuhörer gar nicht mehr halten.

### ***Für die Erneuerung der Kirche***

Seine Rede über Erneuerung konnte er auf dem Kirchentag nicht halten, weil ihm das Wort entzogen wurde und nur die Möglichkeit der Veröffentlichung im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* bestand. Eine „neue Gestaltwerdung der Kirche des Evangeliums“ wünschte E. Eckert sich. „Die Kirche soll in unserer Zeit das Evangelium von der Geborgenheit des Menschen in Gott, von der Erlösung des Menschen in Christus, von der Gemeinschaft aller Menschen in dem Friedensreiche Gottes rein und lauter verkündigen, die Seelen bereit machen zur Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse, welche den Forderungen lebendiger christlicher Frömmigkeit direkt widersprechen. Die Seelen der Christen unserer Tage sollen bereit sein oder bereit gemacht werden zur Überwindung der individualistisch-kapitalistischen, auf römisch-heidnischer Rechtsprechung beruhenden Eigentumsverhältnisse, bereit zum gemeinwirtschaftlichen System, zur

planmäßigen Wirtschaft, die nicht um des Profits, sondern um der Bedürfnisse der Menschen da und notwendig ist.“ (104)

### ***Gegen den Faschismus***

Auf dem 5. Kongress des BRSD sprach der wieder gewählte geschäftsführende Bundesvorsitzende über die Gefahren, die durch die Nationalsozialisten drohen. Der BRSD soll „den Nachweis erbringen, dass sie das Unglück unseres Volkes sind, dass sie die größte Gefahr für eine friedliche Entwicklung und Gestaltung unseres Volkslebens sind, dass sie im schärfsten Gegensatz zu christlicher Lebensauffassung ihren Kampf führen. Sie drängen als der von den kapitalistischen Machthabern ausgehaltenem Militärsersatz zum Bürgerkrieg mit der Absicht, die proletarischen Zweckorganisationen und Kampfverbände zu zerstören.“ (121) Auf der Badischen Landessynode am 5. Juni 1930 hielt er die Rede: Warum kämpfen die Kirchen nicht gegen den Faschismus?“ Sie enthält eine Dokumentation vom Aufmarsch brauner Kolonnen in die Kirche hinein und von der Umgestaltung kirchlichen Lebens im NS-Geist mit Faschisten-Gruß, Hakenkreuz-Fahnen Einschränkungen des Evangeliums im Sinne der „germanischen Rasse“. Im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* Ende 1930 folgen viele neuen Beispiele: „Die evangelische Kirche, d.h. viele evangelische Pfarrer geraten immer mehr in die Gefahr, das Evangelium an den Nationalismus zu verraten.“ (150). Auch Adolf Hitlers ‚deutsche Weihnacht‘ wird dokumentiert. (158) Eine Karikatur des marschierenden Nazis von Elisabeth Fuchs erscheint im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* und ein dokumentierender Artikel von E. Eckert: „Ist die evangelische Kirche rettungslos dem Faschismus verfallen?“ (171) Gegen den *Völkischen Beobachter* muss Eckert sich wegen falscher Berichte wehren: „Er lügt und verleumdet.“ Eine Gegendarstellung kann vor Gericht nicht erstritten werden, da der Schriftleiter als Reichstagsmitglied unangreifbar ist. (175) Bei der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in der Trinitatiskirche Mannheim sagt E. Eckert: „Wir werden gegen den Nationalismus kämpfen, der behauptet, es sei ein göttliches Naturgesetz, dass immer die Stärkeren die Schwächeren vernichten, die stärkeren Nationen die schwächeren. Wir werden uns gegen die völkische und Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muss, und die zugleich dieses Morden noch sittlich, ja religiös verklären möchte, mit aller Entschiedenheit wenden.“ (181) „Christuskreuz – nicht Hakenkreuz!“ ist das Motto einer Rede am 17. Januar 1931 im Musensaal zu Mannheim. „Das Kreuz Christi ist zunächst Sinnbild und Ausdruck des christlichen Glaubens – des Glaubens Jesu Christi an Gott, den Vater, den ewigen Geist, der über allen irdischen Unzulänglichkeiten die letzte Wirklichkeit ist.“ Von „Nationalgötzen“ weiß christlicher Glaube nichts. (190) Ich behaupte, dass die Verherrlichung Hitlers – als des gottgesandten Retters des deutschen Volkes und der ganzen Welt im Zeichen des Hakenkreuzes – für einen Christen eine unerhörte Lästerung seines Glaubens an Gott, den Herrn der Welten, darstellt.“ (191) Auch mit der Rasselehre Rosenbergs setzt sich E. Eckert

auseinander und kritisiert die „armselige Judenhetze“. Ebenso setzt er sich mit den Nazigrößen Göring und Goebbels auseinander. Zu Weihnachten 1930 spricht E. Eckert sein Bekenntnis. „Traurig ist unser Herz, aber wir verzagen nicht. Wir werden vor dem Götzen des Hakenkreuzes die Knie nicht beugen, wir werden ihm nicht dienen. Wir werden Gott, dem Herrn der Welten treu bleiben, Christus, dem Fürsten des Friedens nachfolgen und darum beten, dass der Heilige Geist der Liebe und Güte, der Gerechtigkeit und wahrhaftigen Brüderschaft in unsern Herzen Wohnung mache. So feiern wir Weihnachten und gehen in den Kampf, der uns verordnet ist und sind bereit, eher zu sterben, als daß wir ruhig zusehen, wie der Faschismus „im Namen Gottes“ die Völker der Welt an Leib und Seele vergiftet und verwüstet.“ (158)

### ***Pfarrer und Politik – Konflikte mit der Kirchenleitung***

Einen großen Teil des Buchs von Friedrich-Martin Balzer nehmen die Konflikte mit der Badischen Kirche ein, die er so zusammenfasst: „Ausgelöst durch Eckerts Rede am 17. Dezember 1930 bei der SPD in Neustadt an der Haardt über die ‚große Lüge des Nationalsozialismus‘ ziehen sich die Konflikte mit der Badischen Landeskirche von Beginn des Jahres 1931 bis zur definitiven Entfernung Eckerts aus dem Kirchendienst am 11. Dezember 1931. Am 30. Januar reagierte die Kirchenleitung auf Eckerts antifaschistische Redetätigkeit mit einem allgemeinen Verbot öffentlicher Rede. Eckert klagte daraufhin den Kirchenpräsidenten Wurth, der offensichtlichen Parteilichkeit und des willkürlichen Missbrauchs seiner Dienstgewalt an. Am 6. Februar 1931 verfügte die Kirchenleitung Eckerts vorläufige Suspendierung vom Dienst. Am 18. März wurde seine Klage vom Evangelisch-Kirchlichen Verwaltungsgericht als unbegründet zurückgewiesen. Am 7. Mai 1931 eröffnete die Kirchenleitung ein Disziplinarverfahren gegen Eckert mit dem Ziel seiner Amtsenthebung. Das Urteil vom 14. Juni 1931 lautete auf Zurückstufung des Dienalters um sechs Jahre sowie Übernahme der Prozesskosten wegen Dienstvergehens. Das Redeverbot wurde nicht aufgehoben. Nach dem Ausschluss Eckerts aus der SPD wegen Linksabweichung am 2. Oktober 1932 und dem am darauf folgenden Tag vollzogenen Übertritt zur KPD eröffnete die Kirchenleitung am 9. Oktober bei einem Abstimmungsverhältnis von 9:2 ein Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert.“ (166) Es endete mit der unehrenhaften Entlassung Eckerts. In der Weimarer Zeit gab es den Spottvers: „Die Kirche ist neutral, sie wählt deutsch-national.“ Genau diese Haltung nahmen die Richter Eckerts ein. Sie suchten seine politischen Aktionen durch Verbote und Strafen zu verhindern. Dabei konnte z.B. die „Bruderschaft sozialistischer Theologen Deutschlands“, die 198 Mitglieder zählte, Argumente vortragen, die überzeugend schienen: Der badische Kirchenpräsident Wurth hatte aus seiner Dienstwohnung die schwarz-weiß-rote Fahne des kaiserlichen Deutschlands bei der Verfassungsfeier vom 18.1.1931 gehisst, war also nicht neutral, sondern Eckerts politischer Gegner. Die Kirchenbehörden duldeten die Nazi-Aktivitäten, ohne

einzuschreiten, wollten den Sozialisten Eckert aber bestrafen, also zweierlei Maß, reine Willkür. Einerseits sprachen die Juristen von der Gesamtpersönlichkeit ihrer Beamten, die niemals nur Privatpersonen seien. Andererseits wollten sie die Bindung an das Gewissen einer politisch handelnden Person nicht anerkennen und durch das Ermessen der Kirchenbehörden begrenzen.

Die sozialistischen Theologen beriefen sich auf das Beispiel der Propheten, dass „je lebendiger ein Mensch von religiösen Energien getragen ist, umso politischer wird sein Handeln sein.“(405) Ebenso verteidigte der Vorstand des BRSD E. Eckert: „Das mutige Eintreten Eckerts gegen den Nationalsozialismus hätte bei einer unvoreingenommenen Kirchenbehörde Anerkennung finden müssen. Statt dessen hat sie gegen ihn Mittel der Disziplinargewalt angewandt“. Eckerts Verteidiger Eduard Dietz hat in seiner Rede über Kirche und Welt im Lauf der Jahrhunderte die Berechtigung sozialistischen Engagements im Raum der Kirche nachweisen wollen. Äußerungen von Karl Marx über die Religion als „Opium des Volkes“, die Eckert zur Last gelegt wurden, trafen und treffen nur die „Nachtwächterkirche“ im „Nachtwächterstaat“ (F. Lassalle), der das Elend der arbeitenden Klassen nicht beendet. E. Dietz rügte, dass Eckert wie ein Verbrecher behandelt wurde, dass Hunderttausende von Unterschriften für seine Wiedereinsetzung ins Amt nicht beachtet wurden. Pfarrer Heinz Kappes stellte klar, dass sich die religiösen Sozialisten, an ihrer Seite E. Eckert, mit der Ideologie der Nazis auseinandersetzten, während die Kirche schwieg. Ein Dienstgericht kann nicht über die politische Betätigung von Pfarrern urteilen.

### ***Kommunismus, Sozialismus und Religion***

Prof. Martin Rade erinnerte über dem Fall Eckert zunächst an den Fall Christoph Blumhardt. „Darf ein Christ, ein Pfarrer Sozialdemokrat sein?“ Wenn die württembergische Kirche ihren Pfarrer damals zur Niederlegung seines Titels aufforderte, sollte die Landeskirche nicht genauso handeln bei der Frage: „Darf ein Christ, ein Pfarrer, Mitglied der KPD sein?“ Die KPD hatte E. Eckert ohne Bedingungen als Pfarrer in ihre Reihen aufgenommen. M. Rade urteilte: „Ihren Charakter grundsätzlicher Kirchenfeindschaft hat die KPD damit aufgegeben.“ Auch die Kirche muss ein Interesse haben, ihre kommunistisch gesinnten Mitglieder in ihrer Gemeinschaft zu behalten. Und wenn es einmal ein kommunistisches Regiment geben wird – als hätte er die Gründung der DDR vorausgesehen – kann der „Präzedenzfall Eckert“ von „unermesslicher Wichtigkeit werden.“ (439) Luise Rudolph stellte die Frage: „Darf unsere Kirche noch in fremden Ländern Heidenmission treiben, wenn sie die ‚Heiden‘ im Vaterlande hinausstößt, ... einen Geistlichen, den Gott berufen hat.“ (449) Heinz Kappes sagte: „Die Kirche hätte also ganz einfach die Konsequenz ziehen müssen: Wenn die KPD einen Pfarrer anerkennt, dann erkennt auch die Kirche einen Kommunisten an, wenn er ... dem christlichen Bekenntnis treu bleibt.“ (452) Die Religionskritik

der Marxisten trifft nur ein „Christentum, das zu einem Instrument der kapitalistischen Gesellschaft“ erniedrigt wurde. „Die eigentliche marxistische Betrachtung ist die soziologische.“ (454) Paul Piechowski urteilte: „Die Kirche hat nicht Mut und Glauben genug gehabt, um mit dem kommunistischen Proletariat den geistigen Kampf aufzunehmen.“ Seine Sammlung der Dokumente enthält eine Entschließung des Berliner Konvents der Bruderschaft sozialistischer Theologen, nicht veröffentlicht, aber gedruckt. Auch wer Kommunisten als böse Leute ansieht, darf nach biblischen Maßstäben ihnen nicht in boshafter Art begegnen. „Die Kirche hat vielmehr die ernsteste Pflicht, die Ursache zu ergründen, die zu dieser Kirchen- und Religionsfeindschaft geführt hat. Die Tatsache, dass Millionen von der Kirche entfremdet sind, ist wie ein gewaltiger Bußruf, der an die Kirche ergeht.“ (475) Im Eisenacher Konvent hatte Pfarrer Aurel von Jüchen eine Erklärung vorgelegt. Kommunismus ist eine „Wirtschaftsform“. Er will die „Überführung des Eigentums, das auf Ausbeutung beruht und das der Ausbeutung dient, in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft.“ Ein Pfarrer, der das erstrebt, darf nicht abgelehnt werden. Er wendet sich gegen die Vergötzung der Nation und der Rasse im Faschismus und betont zugleich, die kommunistische Eigentumsordnung wird nur „Leben und Bestand“ haben, wenn die Menschen „sich in ihrem Denken und Handeln von der Verantwortung gegen den lebendigen Gott bestimmen lassen.“ (477)

### ***Sozialdemokraten. Kommunisten. Erwin Eckert und der BRSD***

Leonhard Ragaz hat in den Neuen Wegen aus der Schweiz Worte zu Eckerts Weg nach Deutschland gesandt. Für ihn ergibt sich eine Trennung, „weil wir die Stellung des Kommunismus zur Gewalt und damit zur Demokratie ablehnen, ja darin eine tödliche Gefahr für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung erblicken mussten.“ Tragisch, denn „an und für sich ist ja der religiöse Sozialismus keineswegs an die Sozialdemokratie oder überhaupt an eine sozialistische Partei gebunden.“ Die Entfremdung, ja Feindschaft“ ist ihm „immer ein Schmerz gewesen“. (440) Dabei schien der religiöse Sozialismus die Aufgabe zu haben, „die Einigkeit der sozialistischen Bewegung wieder herstellen zu helfen.“ Für den Glauben kann es auch keine hohe Mauer geben, „die das Land des Kommunismus gegen die Welt Christi abzuschließen scheint.“ So kann man Eckerts Schritt auch als kühnen „Sprung des Glaubens“ als „Pionierweg“ sehen. Religiöse Sozialisten, die bei den Kommunisten sind, werden „das Gewaltprinzip nicht für das Wesentliche“ halten. Es zieht sie auch mehr zum kommunistischen Arbeiter als ihrem „Bruder“. Völlige Identifikation mit einem politischen Programm ist sowieso nirgends möglich. So gibt es das Wagnis des Glaubens und der Liebe auch bei dem Weg in die kommunistische Partei. Die Opposition gegen den politischen Kurs der Sozialdemokratie hatte Ragaz noch mit Eckert geteilt. Den Unterschied zwischen ihnen sieht er darin, dass Eckert in seiner „marxistischen Schau“ die „Zuspitzung der Klassenkämpfe zum Endkampf“ sieht, während Ragaz das „Eindringen von

Kräften des (Gottes)Reiches auch in die Politik“ glaubt. (442) Für ihn ist der religiöse Sozialismus die „Erneuerung der Sache Christi in unserer Zeit“. „Innig“ wünscht er aber, dass Eckert den Kommunisten das Evangelium verkündigt, „auf neue Art“. Gut ist, „wenn die allzu enge Verbindung des deutschen religiösen Sozialismus mit der sozialistischen *Partei* (im Text hervorgehoben, d. Red.) aufhört. Seinem tiefen Sinn nach ist er „die religiöse Erweckungsbewegung unserer Zeit, der Ruf zum Erwachen der Christenheit für die neue Aufgabe Gottes, für den Dienst an der neu erkannten Sache Christi.“ (444)

Das „Abschiedswort an unsern Genossen Eckert“ von Emil Fuchs soll noch erwähnt werden. „Lieber Freund und Genosse Eckert“, schreibt er. „Wir müssen scheiden.“ Die „Überschätzung der Gewalt“, die er mit Kapitalismus und Imperialismus verbunden sieht, ist für ihn das Trennende. Wir schauen „auf Deinen Weg, den wir nicht mitgehen können, weil er nach unserer ehrlichen Überzeugung falsch ist, aber wir lieben dich und ehren dich um der Tapferkeit und der persönlichen Ehrlichkeit, um der glühenden Liebe zur Masse willen, mit denen Du diesen Weg gehst, and wir ehren die Rücksichtslosigkeit gegen Dich selbst, die in dem allen liegt. Wir werden nicht aufhören, der Kirche zu sagen, dass sie das Evangelium verleugnet, wenn sie nationalsozialistische Pfarrer duldet und den kommunistischen ausstößt.“(489)

### ***Wir Leser und Leserinnen***

Ein dickes Buch, das zum Lesen seine Zeit fordert, das man aber immer wieder aufschlägt, weil die Aufgaben von Christinnen und Christen in unserer Zeit vorgezeichnet sind. Lange Anklage- und Verteidigungsreden versetzen uns in einen Gerichtssaal. Wie im antiken Drama spüren wir „Furcht und Mitleid“, Furcht vor dem, was dem tapferen Christen und Sozialisten Eckert an ungerechten Urteilen und Strafen angetan wird, Mitleid für das, was er erdulden musste im Zuchthaus, in Gefängnissen im Alltag der Nazizeit und der Restauration während der Ära Adenauer. Zorn verspüren wir über die Schuld der Amtskirche damals, die prophetische Stimmen erstickt und die Augen verschließt vor der drohenden Katastrophe für die ganze Welt. Bewunderung spüren wir für E. Eckerts Standhaftigkeit, seinen Mut und seinen unbeirrten Kampf für Christentum und Sozialismus.

Das Buch gibt historische Aufklärung über Irrwege der Kirche und Katastrophen der Neuzeit und informiert über zukunftssträchtige Konzeptionen und Aktionen, die sich zu ihrer Zeit zwar nicht durchsetzen konnten, aber an die wir heute anknüpfen können und die wir fortschreiben müssen. Prophetische Stimmen werden der Vergessenheit entrissen. Sie ermöglichen den Bewegungen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden die Kontinuität mit frühen Ansätzen, nachdem diese durch Restauration, Faschismus und Krieg unterbrochen waren. Die Würdigung vergessener Gegen- und Unterströmungen macht hellichtig

für die Fragen des Lebens und Überlebens, die hinter politischen Entscheidungen liegen. Der Band gibt der Welt ein Beispiel, wie Religiöser Sozialismus zu bewahren und fortzuschreiben ist: Prophetischer Kampf gegen die Dämonisierung des sozialen Lebens, geduldige Arbeit für eine Wirtschaft im Dienst des menschlichen Lebens und Humanisierung der Gesellschaft, Zeugnis für das kommende Reich Gottes, in dem „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps. 85,11). Möge das Buch weite Verbreitung finden!

*Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten. Mit Originalbeiträgen von Wolfgang Abendroth, Karl Barth, Rudolf Bultmann, Eduard Dietz, Erwin Eckert, Hans Francke, Emil Fuchs, Aurel von Jüchen, Heinz Kappes, Walter Kreck, Julius Kühlewein, Ernst Lehmann, Paul Piechowski, Arthur Rackwitz, Martin Rade, Leonhard Ragaz, Georg Reinbold, Luise Rudolph, Ernst Schneller, Theodor von Waechter, Georg Wünsch und Klaus Wurth. Mit einem Geleitwort des badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters. Format 24cmx7cm, Hardcover mit Schutzumschlag und 21 Abbildungen, 528 Seiten, Bonn 2011, 24,90 €*

In: Christ und Sozialist, Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., 1/1<sup>3</sup>, 66. Jg., März 2013, S. 36-46

**Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Eckert in Quellen und Dokumenten,** Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 527 S.

Erwin Eckert war ein leider kaum bekannter protestantischer Pfarrer, der unter den religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit eine herausragende Stellung einnahm, der deutschen Konservativen, Völkischen und Nationalsozialisten energisch die Leviten las, und dies sowohl von seiner Kanzel herab als auch in – zumeist gut besuchten – öffentlichen Veranstaltungen; ein Mann, der schließlich im Oktober 1931 enormes Aufsehen erregte, als er aus der SPD ausgeschlossen wurde und daraufhin der KPD beitrug. Selbst historisch Interessierten scheint der „Fall Eckert“ wenig zu sein, obgleich sich in ihm alle Auseinandersetzungen jener Jahre, die unmittelbar dem Machtantritt der deutschen Faschisten vorausgingen, wie in einem Brennspiegel gleichsam konzentriert erkennen lassen. Was Eckert bewegte, was ihn antrieb und wie gegen ihn intrigiert, gehetzt und entschieden worden ist – all das bietet sich in seiner Biografie dar, und das insbesondere für die frühen 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Der 1893 geborene Eckert trat 1911 der SPD bei, studierte Theologie und Philosophie, zog 1914 freiwillig in den Krieg, um bald zu erkennen, dass sein Christsein sich kaum mit dem Selbstverständnis deutschnational geprägter Kirchenherren vereinbaren ließ. Die Kirche dürfe, so schrieb er schon 1920, nie wieder für den Krieg predigen. So erwuchs aus seinem sozialen Engagement für die Schwachen und Armen bald ein politisches. Mehr und mehr stellte er sich nationalistischem Wahn und „armseliger Judenhetze“ entgegen. Sein Weg führte ihn von 1926-1931 an die Spitze des *Bundes der religiösen Sozialisten*, aber auch in Konflikte mit der badischen Landeskirche. In diesen ging es bald um mehr als nur um den Gegensatz zwischen einem Einzelnen und der kirchlichen Amtsautorität – in ihnen spiegelte sich die generelle Frage nach der Haltung des deutschen Protestantismus zu den Angriffen auf die parlamentarisch-demokratische Verfasstheit der Weimarer Republik sowie zu der mehr und mehr erstarkenden faschistischen Bewegung, die von manchen seiner kirchlichen Gegner sogar als „deutsche Freiheitsbewegung“ gewürdigt wurde. Dass Eckert beispielsweise Partei gegen die „frömmelnden Deutschnationalen und reichsblöcklerischen Hindenburgianer“ ergriff, bot Anlass zu Ermahnungen und Forderungen, solche Art politischer Betätigung zu unterlassen. Eckert wehrte sich, seine Position klar definierend: „Ich werde keinem Erlass gehorsam sein, der [...] meine persönliche Freiheit als Staatsbürger in Frage stellt und mich zu einer Ansicht zwingen will, oder besser, eine Ansicht unwidersprochen zu lassen mich zwingen will, die nach meiner Überzeugung sich nicht aus dem Evangelium begründen lässt.“ (S. 34 f.)

Die auf dem Umschlag des Bandes abgedruckte Flugschrift spricht vom „Protestantismus am Scheideweg“ und fragt, was denn gelten solle: Das Heil in Jesus Christus oder „Heil Hitler“? Das Kreuz Christi bedeute Liebe, Gerechtigkeit,

soziale Hilfe, Erbarmen mit den Schwachen und mit den Ärmsten der Armen, Duldsamkeit, Wille zum Verstehen Anderer, Samariterdienst, Wahrheit, Ordnung, Selbstzucht und Ruhe, Volksgemeinschaft, Frieden und Völkergemeinschaft sowie Erlösung und Aufstieg. Anderes, ja Entgegengesetztes bedeute das gebrochene und mit Haken versehene Kreuz: Hass, Gewalttätigkeit, Recht des Stärkeren, Herrenmenschentum, Ausmerzung der Schwachen, Unduldsamkeit, Unterdrückung jeder anderen Meinung, Faustrecht, Verdrehung und Irreführung, Chaos, Leidenschaft und Fanatismus, Parteilichkeit und Volkszerreißung, Völkerverhetzung und Krieg sowie Zerstörung und Untergang. Deutlicher, präziser und enthüllender konnte der Gegensatz kaum dargestellt werden.

Dass Eckert – Balzer meint, man könne ihn in gewisser Weise als einen „Theologen der Befreiung“ ansehen – seine unverkennbare christlich-religiöse Grundhaltung mit sozialem Inhalt, ja auch mit sozialistischem Gedankengut verknüpfte, stieß in seiner Badischen Landeskirche zunehmend auf Kritik. Nach Abmahnungen, direkter Bestrafung und finanzieller Benachteiligung erteilte sie ihm Anfang 1931 ein Redeverbot, klagte ihn an und enthob ihn seines Amtes. Da er auch mit der Zustimmung der Sozialdemokratie zum Panzerkreuzerbau, überhaupt mit der Tolerierungspolitik gegenüber den präsidialdiktatorischen Herrschaftspraktiken unter Reichskanzler Heinrich Brüning nicht konform gehen wollte, schloss ihn die SPD am 2. Oktober 1931 aus ihren Reihen aus. Seine Antwort: Beitritt zur KPD am 3. Oktober 1931, überzeugt davon, in ihr und mit ihr die faschistische Bewegung am besten bekämpfen zu können, versehen mit der Zusicherung, als Kommunist seinen Glauben keineswegs aufgeben zu müssen.

Der Herausgeber, ein Schüler Wolfgang Abendroths und bislang mehrfach mit Publikationen über Eckert und den deutschen Protestantismus in Erscheinung getreten, bietet zu den Vorgängen eine umfassende, aufschlussreiche und erhellende Dokumentation. Wer ihn kennt, durfte von vornherein ein von Kenntnisreichtum, Vielfalt und Akribie geprägtes Werk erwarten. Und was jetzt vorliegt, darf als nutzbringende und sinnvolle Ergänzung aller bisher erschienenen Arbeiten betrachtet werden. Lesern und Forschern Gelegenheit zu geben, sich ein eigenständiges Urteil über die damaligen Akteure zu bilden, wird als Ziel des Bandes bezeichnet. Mit den rund 100 zeitgenössischen Dokumenten erscheint der geschichtliche Rahmen weit gespannt, weit auch über das Biografische hinaus.

Die Dokumentation umfasst fünf Teile, die sowohl chronologisch als auch systematisch angelegt sind. Im ersten findet der Leser 33 Reden und Artikel Eckerts aus dem Jahr 1930, in dem zweiten ebenfalls 33 Texte aus dem folgenden Jahr, das eine gravierende Wende in Eckerts Leben bringen sollte. Zu lesen ist, mit welcher Intensität und Argumentationskraft er das Un- und Antichristliche in den dem Nazismus förderlichen Bemühungen um ein sogenanntes „positives Christentum“ enthüllte, wie klarsichtig er die Gefahren beschrieb, die den

Deutschen durch die „Nationalgötzen“ drohen würden. Gelesen werden kann, wie er sich gegen die Anwürfe seiner Kirchenoberen wehrte, die ihm wegen „Unbotmäßigkeit“ Redeverbote erteilten, Geldstrafen auferlegten und ihn schließlich am 11. Dezember endgültig, unehrenhaft und ruhegehaltlos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernten. Seinen Texten gerade aus dem Jahre 1931 kann entnommen werden, wie Eckert sich um einen Ausweg aus der Krise bemühte, wie er seinen Schritt in die KPD begründete und zugleich kein Stück seines Christseins aufgab. Die gegen Eckert ergangenen vier Urteile kirchlicher Gerichte finden sich im dritten Teil. Sie wurden vollständig aufgenommen und füllen nahezu ein Fünftel des gesamten Quellenteils.

Das folgende Kapitel versammelt solidarische Stimmen zum „Fall Eckert“. So sehr sie von Empörung und Protest, von Unterstützung und Kritik an den kirchlichen Entscheidungen künden, so sehr zeigen sie auch unterschiedliches Herangehen an die gesellschaftlichen Probleme jener Zeit. Berichtet wird auch über die zunehmende Isolierung Eckerts im *Bund der religiösen Sozialisten* und seinen Austritt aus diesem. Zahlreich wandten sich Sozialdemokraten von Eckert ab. Aufschlussreich und berührend liest sich vor allem das „Abschiedswort an unseren Genossen Eckert“, das Emil Fuchs als stellvertretender Vorsitzender des Bundes am 27. Dezember 1931 in der Zeitung „Der religiöse Sozialist“ veröffentlichte. Darin betonte er einerseits die gemeinsamen Positionen und den Wunsch nach einer geeinten Front des Proletariats auch im Kampf „um die Kirche“ und stellte andererseits dar, dass ihn seine Überzeugungen einen anderen Weg gehen lassen würden. Er könne Eckerts Weg nicht mitgehen, „weil er unserer ehrlichen Überzeugung nach falsch ist, aber wir lieben Dich um der Tapferkeit und der persönlichen Ehrlichkeit, um der glühenden Liebe zur Masse willen, mit denen Du diesen Weg gehst, und wir ehren die Rücksichtslosigkeit gegen Dich selbst, die in dem allen liegt. [...] Wir werden nicht aufhören, der Kirche zu sagen, dass sie das Evangelium verleugnet, wenn sie nationalsozialistische Pfarrer duldet und den kommunistischen ausstößt. Wir sagen ihr, dass sie mit ihrer ganzen nationalistischen Haltung seit 1918 und der ganzen Verleugnung des Evangeliums, die darin liegt, eine ganz wesentliche Schuld an der Katastrophe trägt, die über unser Volk hereinbricht. Sie gerade war es, die jene Sinnesänderung mit verhinderte, die jede christliche Botschaft schaffen soll. Und wenn heute eine christliche Kirche den Gewaltgeist des Nationalsozialismus trägt, ja fördert, während sie den kommunistischen Pfarrer ausstößt, so bedeutet das eine entsetzensvolle Enthüllung der völligen Unfähigkeit, nach christlichen und nicht nach bürgerlichen Maßstäben zu urteilen.“ (S.488f.)

Der fünfte Teil bietet einen „Ausblick auf das Jahr 1933“. Er enthält einen beschämenden, weil Hitler bejubelnden Hirtenbrief vom 29. März 1933 aus der Feder von Prälat Julius Kühlewein, einem der Beteiligten an allen kirchlichen Strafverfahren gegen Eckert, sowie Dokumente des Ringens um die Rehabilitierung

des Pfarrers. Letztere erfolgte in einer Erklärung der Badischen Kirchenleitung vom 22. April 1999 (S. 504 ff.), die Balzer an anderer Stelle dennoch kritisch hinterfragt. Den Band beschließen Kurzbiographien der Autoren und Literaturhinweise.

*Manfred Weißbecker*

In: Jahrbuch für Erforschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. II/2013

Mit Erwin Eckert, dem streitbaren Mannheimer Stadtpfarrer der Trinitatisgemeinde (1927-1931), hat sich Friedrich Martin Balzer seit seiner Dissertation im Jahr 1973 in zahlreichen Publikationen beschäftigt und dabei, aus einem Pfarrhaus der Bekennenden Kirche stammend, seine Sympathie für den sozialistischen Pastor nicht verhehlt. Jüngst hat er ein Kompendium über den Berufsverbotsfall aus der Zeit der Transformation des demokratischen in einen autoritären Staat vorgelegt, das nicht nur ein eindrucksvolles Psychogramm des redegewandten Volkstribunen Eckert liefert und seine Vorstellungen von christlicher sozialer Verantwortung zeigt, sondern auch ein bezeichnendes Licht wirft auf die Nähe protestantischer Würdenträger zu antidemokratischen, nationalsozialistischen Ideen – und dies ausgerechnet von einer Landeskirche, die sich ihrer liberalen Traditionen seit dem 19. Jahrhundert rühmte. Eckert, wichtiger Exponent des „Bundes Religiöser Sozialisten“, oft kompromisslos und unerbittlich in Denken wie Handeln, war ein Grenzgänger zwischen pazifistisch-humanistischen und kommunistischen Ideen, eine Provokation geradezu für die Badische Landeskirche, die ihn unter Verlust sämtlicher Dienstbezüge aus dem kirchlichen Dienst entfernte, noch bevor die Nationalsozialisten die Herrschaft im Reich übernahmen. Die voluminöse Quellensammlung liefert Einblicke in die politische Vorstellungswelt eines Pfarrers, der den sozialen Auftrag des Christentums ernst nahm und sich in scharfem Ton von reaktionären und faschistischen Tendenzen abgrenzte; sie dokumentiert minutiös die Auseinandersetzungen zwischen dem kirchlichen Außenseiter Eckert und seinen Vorgesetzten, lässt Gesinnungsfreunde (zum Beispiel Wolfgang Abendroth) ebenso zu Wort kommen wie unerbittliche Gegner. Die politische Sympathie Balzers für Eckert hat dessen Recherchearbeit offensichtlich wesentlich beflügelt. Der Band ist eine Fundgrube für all jene, die exemplarisch die Nähe protestantischer Kirchenleitungen zum Nationalsozialismus bezeugt sehen wollen. Erst 1999 wurde Eckert offiziell von der Badischen Kirchenleitung rehabilitiert, das Disziplinarverfahren gegen ihn wurde dabei als unverhältnismäßig, überzogen und politisch einseitig eingestuft. Trotz aller Materialfülle klärt Balzer nicht eindeutig, weshalb der Protestantismus in seiner Mehrheit für antidemokratisches Denken empfänglich war und weshalb „rote Pfarrer“ wie Erwin Eckert, Emil Fuchs und Georg Fritze innerhalb der Kirche isoliert blieben. Nicht in der historischen Analyse, sondern in der Darbietung zahlreicher Quellen liegt die Stärke dieses Bandes.

Auszug aus der Sammelrezension „Friedensforschung – Pazifismus und Militarismus in Deutschland und Europa 1850-1945 von Reinhold Lütgemeier-Davin/Kassel in: H-Soz-uKult, 30.09.2013